

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

231 (4.10.1907)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8444.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Buchdruckerei Sed & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für Leitartikel, Badische und Deutsche Politik, Ausland, Kommunalpolitik und Legte Post: Wilh. Kolb; für den übrigen Inhalt: A. Weismann.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Zur Reform unserer Gemeinde-Verfassung.

Auf der soeben tagenden Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wurde auch ausführlich über die Städteverfassung verhandelt. Die bezüglichen Debatanten haben im Hinblick auf die in Baden allseitig als notwendig anerkannte Reform unserer Städteordnung ein besonderes Interesse. Aus den gehaltenen Referaten geht zunächst hervor, daß man eine durchgehende Reform der deutschen Städteverfassungen für dringend geboten hält. Allein wie auf allen anderen staatsrechtlichen Gebieten, so läßt auch hier die Angst vor der Sozialdemokratie den Reformeifer der bürgerlichen Sozialpolitiker. Die Herren plädieren zwar für eine freie Gemeindeverwaltung, wollen diese aber durch das Klassenwahlrecht beschränkt wissen. Kein Wunder, wenn die Herrschaften sich in die größten Widersprüche verwickeln.
So führte z. B. der erste Referent über diese Frage, Professor Loening u. a. aus:

Die Gemeinde ist nicht nur ein wirtschaftlicher Verband, sondern hat in ihren Bereich zu ziehen alles, was die geistige Entwicklung ihrer Angehörigen fördern kann. Die Stadtgemeinden sind die Organe der öffentlichen Gewalt, die den Zweck hat, die Aufgaben der Gerechtigkeit zu erfüllen. Die Aufgaben der Gemeinde ist es, in allen Kreisen der Bevölkerung diejenige Lebenshaltung zu sichern, die ihrem Anteil an der sozialen Arbeit entspricht.

Zur Erreichung des Zieles der Herstellung des sozialen Friedens und der Versöhnung der Klassen bedarf es aber der Mitarbeit des ganzen Volkes, insbesondere der Mitarbeit der Gebildeten. Der soziale Geist muß die Gesamtheit erfüllen, damit die Schwierigkeiten und Widerstände beseitigt werden können, die sich zu allen Zeiten der Herstellung des sozialen Friedens entgegenstellen. Und zu allen Zeiten entgegenstellen werden. Eine freie Gemeindeverfassung ist die Voraussetzung einer gesunden Entwicklung der kommunalen Sozialpolitik. Freilich nur eine Voraussetzung! Es bedarf dazu auch der Gesinnung der Bürgerschaft, einer Gesinnung, die bereit ist, Sonderinteressen dem Allgemeininteresse unterzuordnen. Allerdings wird das nur auf Grund einer freien Gemeindeverfassung möglich sein.

Man sollte meinen, Professor Loening müßte auf Grund dieser Auffassung ohne weiteres die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf der Grundlage des Proporz für die Städte proklamieren. Aber weit gefehlt. Der Herr Professor forderte zwar im Hinblick auf sozialpolitische Gerechtigkeit eine Aenderung der bestehenden Wahlrechte und die Veranlassung spendete ihm dafür lebhaften Beifall. Aber — und nun kommt der professorale Pferdefuß — so entschieden Herr Loening für die Aenderung des Wahlrechts plädiert, ebenso entschieden ist er gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts für die Städte.

„Die Folge des Reichstagswahlrechts für die Gemeinde würde sein, daß wir unsere großen Städte der Sozialdemokratie übermitteln, daß in den Städten ein einseitiges Klassenstimmrecht zur Herrschaft kommen würde. (Sehr richtig!) Gerade das wollen wir nicht.“

Der Herr Professor scheint nicht zu wissen, oder er tut doch wenigstens so, als wisse er es nicht, daß wir gerade heute das haben, was die Herrschaften vom Verein für Sozialpolitik angeblich nicht wollen, nämlich ein einseitiges Klassenregiment, und zwar auf den Rathhäusern aller deutschen Städte. Das Klassenwahlrecht verhindert nicht die Klassenherrschaft, sondern ist die Stütze derselben. Eben deshalb fordert die Sozialdemokratie die Beseitigung dieses ständischen aller Wahlrechts und fordert an seiner Stelle eine freie, auf der Grundlage der Gerechtigkeit aufgebaute Gemeindeverfassung. Sollten, wie Herr Professor Loening es wünscht, alle Schichten der Bevölkerung ihrem Anteil an der sozialen Arbeit entsprechende Vertretung auf dem Rathhaus haben, so muß das Klassenwahlrecht unbedingt beseitigt werden. Mag die Klasseneinteilung sein wie sie will, so verhindert sie für die breite Masse der Bevölkerung eine ihrer sozialen Arbeit entsprechende Vertretung.

Der Hinweis auf die Steuerleistung ist absolut hinfällig. Denn abgesehen davon, daß die Minderbemittelten trotz der geringeren Steuerleistung prozentual viel stärker zu den Lasten herangezogen werden und daß insbesondere die indirekten Kommunalsteuern in der Hauptsache von den breiten Schichten der Bevölkerung getragen werden, ist die höhere Steuerleistung der Besitzenden doch nur scheinbar eine solche. In Wirklichkeit werden alle Steuern in irgend einer Form auf die Konsumenten,

Mieter z. a. b. g. e. w. ä. l. z. t., so daß immer wieder die Masse es ist, die in Wirklichkeit alle Steuern in der Hauptkategorie zu tragen hat. Kein Hauseigentümer, kein Fabrikant, kein Geschäftsmann zahlt die Steuern und Umlagen aus den Uberschüssen seines Einkommens, sondern sie sind längst vorher auf die Miethen, die Waren und Fabrikprodukte umgerechnet worden. Vom Standpunkt der sozialen und steuerlichen Gerechtigkeit aus läßt sich also das Klassenwahlrecht in keiner Weise rechtfertigen.

Die so viel gerühmte soziale Tätigkeit der Städteverwaltungen ist auch keineswegs das Produkt des sozialen Gerechtigkeitsfinnes der heute auf den Rathhäusern herrschenden Vertreter des Besitzes, sondern die Folge des energischen Kampfes der Arbeiterklasse um ihr Recht. „Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform“, weder im Reich noch in den Gemeinden.

Herr Bürgermeister Dr. Walz aus Heidelberg, der zweite Referent über die Frage auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, hat sich ebenfalls als Gegner der Beseitigung des Klassenwahlrechts bekannt. Seine Ausführungen legen die Festschneidigkeit der Gründe, die für die Aufrechterhaltung desselben ins Feld geführt werden, noch deutlicher dar. Herr Dr. Walz meinte u. a.:

„Einer gänzlichen Aufhebung des Systems der Klassenwahl, die in Baden von manchen Seiten begehrt wird, vermag ich jedoch das Wort nicht zu reden. Ich befürchte als eine unausbleibliche Folge einer solchen Maßnahme, die allein auf die Zahl der Stimmen abhebt und der stärkeren Beteiligung an den Ämtern der Verwaltung keine entsprechend stärkere Vertretung gewährt, den Abzug der wertvollsten Elemente oder doch ein zunehmendes Fernbleiben von der aktiven Mitarbeit und im Zusammenhang damit ein stetig zunehmendes Hervortreten der staatlichen Aufsichtsgewalt.“

Eine faule Ausrede! Was sind denn das für Elemente, die nach Beseitigung des Klassenwahlrechts „abziehen“, oder doch von der aktiven Mitarbeit fernbleiben? Wenn das Proportionalwahlrecht eingeführt wird, ist allen Elementen ein ihrer Stärke entsprechender Einfluß garantiert. Heute schießt man das stärkste „Element“ der Sozialdemokratie in den meisten Städteverwaltungen systematisch von der aktiven Mitarbeit auf den Rathhäusern aus. Und doch ist es gerade der Sozialdemokratie und ihrer energischen zielbewußten Arbeit zu verdanken, wenn die Städte sozialpolitisch etwas geleistet haben.

Herr Dr. Walz ist davon überzeugt, daß die Städte immer mehr eine sozialistische Tätigkeit entfalten müssen. Die ökonomische und wirtschaftliche Entwicklung drängt die Städte auf diesem Wege mächtig vorwärts. Alle sozialistische Tätigkeit löst aber auf den Widerstand der „Elemente“ des Besitzes. Wie viele Fehler, die schon gemacht wurden, wären vermieden worden, wenn nicht der Besitz auf den Rathhäusern das Privilegium der gesicherten Majorität gehabt hätte. Die Entwicklung auf dem Gebiete der kommunalen Eigenbetriebe wäre schon viel weiter, wenn sich ihr nicht die Interessen des immobilien Kapitals mit so viel Erfolg entgegenzusetzen könnten.

Und wo ist denn die Stadtverwaltung, in welcher die Sozialdemokraten die Mehrheit oder doch einen großen Einfluß haben, die dadurch irgendwelchen Schaden genommen hätte? Das direkte Gegenteil ist wahr und an Dutzenden von Beispielen nachweisbar. Es gibt keine Partei, welche die Allgemeininteressen besser und mit mehr Nachdruck vertritt, als die sozialdemokratische. Die Vertreter der kapitalistischen Klasseninteressen sollen doch ehrlich sein und einfach zugestehen, daß sie den Akt nicht abtügen wollen, auf dem sie in den Rathhäusern sitzen. Wie wenig zutreffend die Behauptung von der Rücksicht auf die Allgemeininteressen bei diesen Wahlrechtsfragen ist, das konnte nicht besser illustriert werden, als dadurch, daß Herr Professor Loening in einer Kritik der Bülowischen Wahlrechtspläne erklärte:

„Zum großen Teile ermangelt es der Bürgerschaft an dem Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, soweit es sich nicht um Fragen handelt, die den eigenen Geldbeutel betreffen.“

Daß Herr Professor Loening dabei den sozialdemokratischen Teil der Bürgerschaft im Auge hatte, ist gänzlich ausgeschlossen. Der Vorwurf trifft die „Elemente“, welchen derselbe Herr Loening in der Gemeindevertretung besondere Wahlrechtsprivilegien garantiert wissen will und zwar mit aller Wucht.

Es kann sich demnach bei der Forderung eines demokratischen Wahlrechts keineswegs um eine Gefährdung der Allgemeininteressen als vielmehr höchstens um die kapitalistischen Sonderinteressen der Leute handeln, die sich nur dann um öffentliche Angelegenheiten kümmern, wenn ihr Geld-

beutel dabei in Frage kommt.
Die Forderung der Sozialdemokratie nach einer wirklich freien, auf demokratischer Basis aufgebauten Gemeindeverfassung wird ihre Erfüllung finden, denn die Arbeiterbewegung macht vor der Barrikade des Klassenwahlrechts nicht halt. Die Massen fordern die ihrer sozialen Arbeit und ihrer wirtschaftlichen Machtstellung entsprechende Vertretung und sie werden sich dieselbe auch allen Widerständen zum Trotz erkämpfen.

Politische Uebersicht.

Höfische Hinterpolitik.

Immer lauter tritt in Zeitungen verschiedenster Richtung die Meinung hervor, daß jener Mann Namens Brand, der in einer Flugschrift den Fürsten Bülow der Homosexualität beschuldigte und von diesem deshalb verklagt wurde, nur ein Werkzeug höherer Hände sei. Dank vom Grafen Eulenburg. Die Alrique Bülow hat durch Harden die Männer des Liebenbergkreises öffentlich päberastischer Neigungen bezichtigt und ist dadurch zur Strecke gebracht. Nun nehmen die Hintermänner Eulenburgs ihre Revanche; sie meinen, daß man mit demselben Maß von Unrecht Bülow genau dasselbe nachsagen könne, was man ihnen nachgesagt hat. So wäre auch die Affäre Bülow-Brand nur ein einzelnes Gefecht in diesem unsagbar schmutzigen Kriege, der von zwei höfischen Noterien gegeneinander geführt wird.

Nach Andeutungen des „Morgen“, an dem Harden anonym mitarbeitete, und der „Neuen Gesellschaft“, kor. ist zu erwarten, daß der Prozeß Harden-Mollke ganze Wege des schlimmsten Unflats aufdecken wird (natürlich vorausgesetzt, daß man nicht vorher mit Herrn Harden einen angenehmen Ausgleich schließt). Harden, heißt es, rechne darauf, daß ihm der Wahrheitsbeweis in vollem Umfang gelingen werde. Weiter heißt es in der „N. G.“ wörtlich:

„Bevor indessen das Urteil in dieser oder jener Richtung gefällt würde, müßte die „Gemeine“ der Hofgesellschaft, soweit sie nicht plötzlich von Reisesieber oder Influenza befallen wird, den Weg zum Zeugenraum im Moabitser Gerichtspalast antreten. Es würde sich ein Bild von Zuständen und Verhältnissen in der Nähe des Trägers der Krone entrollen, das schwerlich geeignet wäre, den monarchischen Gedanken zu kräftigen.“

Ferner wird mit liebenswürdiger Deutlichkeit versichert, daß sich die Personen des Grafen Bruno Mollke und des Fürsten Philipp Eulenburg hier nicht trennen lassen.“

Herr Harden richtet sich anscheinend auf einen Verzweigungskampf ein. Bist steht gegen Bist, Gemeinheit gegen Gemeinheit! So viel oder so wenig an den einzelnen Gesichtspunkten wahr sein möge, so entfällt doch in diesen Kämpfen ein Bild einer sittlichen Verlotterung höchster Gesellschaftskreise, wie es auch in der Verfallszeit des byzantinischen Kaiserthums schlimmer nicht zu sehen war. Welcher Laten mögen dem verachteten Volke gegenüber diese Leute fähig sein, die sich gegenseitig mit solchen Waffen befechten!

Deutsche Politik.

Wozu man in Deutschland kein Geld hat.

Im „Allgemeinen Bauanzeiger“ lesen wir folgende Notiz:
„Zum Neubau der Trepptower Sternwarte, zu welchem die Stadt Berlin das Land in Erbpacht gegeben hat und zu deren Unterhaltung sie jährlich 12 000 Mk. beisteuert, sind aus freiwilligen Spenden bisher 91 000 Mark zusammengekommen. Mit dem Bau kann jedoch erst begonnen werden, wenn 150 000 Mk. bar vorhanden sind. Der Direktor der Sternwarte, Dr. F. S. Archenhold, wendet sich daher mit der Bitte um weitere Beiträge an die Öffentlichkeit, damit der Bau nicht noch weiter hinausgeschoben werden muß.“

Es ist doch wirklich eine Schande, daß im Zeitalter der „liberalen Aera“ um solche Zwecke in Deutschland freiwillige Gaben gesammelt werden müssen. Aber freilich: wo wir ungezählte Millionen und Milliarden für den unersättlichen Militarismus und Marinismus opfern müssen, da bleibt für Kulturzwecke nicht mehr viel übrig.

Zur Forderung des Pluralwahlrechts für die Gebildeten

lieferste Generalsekretär Krüger aus Berlin bei den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik einen interessanten Vortrag. Er sagte:

„Es sei nötig, daß auf dem Gymnasium etwas mehr volkswirtschaftliche Unterweisung statfinde. Es sei eine kaum glaubliche Tatsache, daß in Berlin von fünfzehn Abiturienten nur fünf den Unterschied zwischen Reichstag und Abgeordnetenhaus kannten. Der Bericht verzeichnet hinter diesen Worten „Heiterkeit“ der gelehrten Herren. Wie viele von ihnen aber wieder mögen politisch genug unterrichtet sein, um

zu wissen, daß sie eigentlich die preussische und sächsische Regierung ausgelacht haben, die den Inhabern von Reifezeugnissen der Mittelschulen ein mehrfaches Stimrecht eben zu jenem Abgeordnetenhaus geben wollen, von dessen Dasein und Aufgaben diesen Gebildeten überhaupt nichts bekannt ist!

Eine unmensliche Strafe. Das Kriegsgericht in Regensburg verurteilte einen armen Soldaten, der einem anderen eine Mark entwendet und sich dafür notwendige Sachen gekauft hatte, zu der ungeheuren Strafe von 1 Jahr Gefängnis! — Bei der Verteilung von Soldatenskindern hat man bisher eine solche Härte nicht bemerkt.

Zur Neuregelung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen wird, wie mehrere Blätter melden, dem Reichstag gleich zu Beginn seiner Sitzung eine Vorlage zugehen, durch welche der Bundesrat wiederum ermächtigt werden soll, Großbritannien und seinen Kolonien die Rechte der meistbegünstigten Nation auf eine Reihe von Jahren zu verleihen.

Ausland.

Schweden.

Militarismus und Sozialdemokratie. Zu Anfang des Jahres 1906 erhielten die Chefs des Generalstabes und der Flotte den Auftrag, einen Plan zu einer Verbesserung des Landesverteidigungswesens auszuarbeiten. Das Ergebnis ihrer Arbeit waren Vorschläge zu einer ganz gewaltigen Verstärkung des Heeres wie der Flotte. Ob oder wie weit das schwedische Volk imstande sein wird, die Hunderte von Millionen aufzubringen, die zur Verwirklichung der Vorschläge notwendig sind, diese Frage zu prüfen, hat die Regierung nun eine Kommission ernannt, bestehend aus je 5 Mitgliedern der beiden Kammern des Reichstages, einem Vertreter der Reichsbank und 6 Vertretern des Heeres und der Flotte. Diese Zusammensetzung entspricht den Zwecken der Regierung und Militärsachverständigen. Die zweite Kammer hat der Regierung in Militär- und Marinefragen oft nicht das gewünschte Entgegenkommen gezeigt. In der Kommission ist ja man dafür gesorgt, daß ihre Vertreter denen der ersten Kammer samt den Vertretern von Heer und Flotte gegenüber immer in der Minderheit bleiben.

Der Staatsminister Vinbmann war vorurteilsfrei genug, auch den Vorlesenden der sozialdemokratischen Fraktion, Genossen Pranting, einzuladen, Mitglied der Kommission zu werden. Pranting hat jedoch abgelehnt und begründet dies nun in der Montagsnummer vom „Sozialdemokraten“ entsprechend dem Standpunkt der sozialdemokratischen Partei, die eine Beschränkung und sukzessive Herabsetzung der militärischen Lasten verlangt. Dieser Auffassung irgend welche Geltung zu verschaffen innerhalb der Kommission, werde nicht möglich sein. Die Arbeit der Kommission werde in Wirklichkeit nur eine Prüfung der Frage sein, welche höheren militärischen Lasten das schwedische Volk noch auf sich nehmen könne und müsse.

Badische Politik.

Ein nationalliberaler Stöckchenzer.

Ueber die politische Lage beim Thronwechsel leitartikelte die „Heidelberger Zeitung“, hinter deren politischen Kundgebungen man nicht mit Unrecht den Heidelberger Oberbürgermeister und nationalliberalen Parteichef Dr. Wilhelm vermietet. Das Blatt schreibt:

Der Liberalismus ist in Baden nicht nur geeinigt, er repräsentiert in seiner Gesamtheit im wesentlichen einen Komplex von politischen Bestrebungen, auf die sich ein moderner Staat wohl stützen kann. Zu wünschen wäre nun aber, daß er wieder so weit erstreckte, um die parlamentarische Verantwortung für die Geschäfte allein tragen zu können. Augenblicklich vermag er das nicht und dies ist das eigentliche Charakteristische in der politischen Lage, die der Nachfolger Friedrichs I. vorfindet. Als neuer Mann tritt Friedrich II. Verhältnissen gegenüber, die sich über kurz oder lang nach der einen oder anderen Richtung werden klären müssen. Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, welchen bedeutsamen Einfluß der Fürst des Landes in dieser Hinsicht ausüben vermag; andererseits läßt sich die Schwierigkeit der Entscheidung nicht verkennen. Nach rechts haben wir das Zentrum, d. h. die katholische Geistlichkeit, der erst in den letzten Tagen eingeschärft worden ist, alles, was Philo-

sophen, Theologen, Geschichtsschreiber, Kritiker und Apologeten zusammengetragen haben, um eine Versöhnung zwischen moderner Kultur und überlieferten kirchlichen Ansichten zu bringen, von sich abzutun. ... Nach links haben wir die Sozialdemokratie, die noch fester an überlebten Vorstellungen hängt, wie der Merkantilismus und ebensowenig gegen ihre Dogmatik aufzumachen wagt, wie jener. In Baden regt sich ja bei ihr hin und wieder der politische Wirklichkeitsinn, aber dann kommen wieder Rückschläge. ... Als Folge dieser Verhältnisse nehmen wir in Baden eine gewisse Unklarheit der politischen Situation und mangels einer übersichtlichen bestimmten Richtung eine gewisse Stodung wahr. Es fehlt der entschiedene feste Zug, der sich nur da zeigen kann, wo ein Regent und eine sichere Mehrheit der Volksvertretung miteinander einig politisch sind. So wird in Baden heute wohl verhandelt — aber einer entschiedenen Regierungsführung in einer bestimmten politischen Richtung entbehren wir bei den dermaligen Parteiverhältnissen in der zweiten Kammer. ... Auf dem letzten Landtag hat ja die Sozialdemokratie mehrmals eine liberale Mehrheit gegen das Zentrum bilden helfen, aber wie wenig zuverlässig sie in ihrer Abhängigkeit von den Repräsentanten der Umsturzphrase ist, das wissen wir alle. ... Wie sehr ein solches Verhalten die nach rechts drängenden Tendenzen unterstützt, das mag ihr in der Enge ihres politischen Gesichtskreises nicht zum Bewußtsein kommen. Wir wollen nur hoffen, daß der gegenwärtige Landesfürst trotz allem den Staatswagen so lange auf dem Wege erhält, den sein dahingehedener Vater eingeschlagen hat, bis ihm aus dem Volk genügende Kräfte zur Verfügung stehen, um auf eine über die jetzige Situation hinausführende freie Bahn zu lenken. Schon die Zuversicht, daß solches zu erwarten sei, würde belebend wirken.

Großherzog hilf! Das steht zwar nicht in dem Artikel, ist aber die Quintessenz desselben. Wer nur einigermaßen die politischen Verhältnisse unseres Landes kennt, weiß, daß der Gedanke, der Liberalismus könnte noch einmal so erstarken, daß er allein die parlamentarische Verantwortung tragen könne, einfach absurd ist. Das weiß natürlich auch der Artikelsschreiber der „Heidelberger Zeitung“. Deshalb der Appell an den neuen Großherzog, seinen bedeutenden Einfluß auszuüben.

Sicher ist, daß in Bälde eine Entscheidung darüber, ob der Regierungsluz nach rechts oder nach links gesteuert wird, kommt und kommen muß. Die gegenwärtig am badischen Steuerhüter sitzenden Männer haben die Richtung schon ausgepickt, und zwar nach rechts. Der Kurs kann den Nationalliberalen schon deshalb nicht gefallen, weil sie ja nicht mehr auf sich allein sich stützen können, sondern auf die Linken liberalen angehängt sind. Andererseits sind die Nationalliberalen zu feige, aus der gegebenen Situation die einzig richtigen Konsequenzen zu ziehen und einen gehörigen Ruck nach links zu machen, die einzige Möglichkeit, aus der Situation einen rettenden Ausweg zu finden. Um ihre eigene politische Unfähigkeit zu verdecken, verdrängen die Nationalliberalen die Sozialdemokratie, als ob diese das Hindernis für eine liberale Politik wäre. Dabei strahlt jedes Blatt der politischen Geschichte Badens seit den letzten 30 Jahren eine solche Auffassung. Eine sichere Mehrheit wäre in Baden für eine liberale Politik in dem Augenblick beizubringen, wo die Nationalliberalen anfangen, wirklich liberal zu sein. So aber glaubt kein Mensch an den wieder erwachenden Liberalismus. Die Folge ist, daß der liberale Vlod keine Aktionskraft besitzt und das Zentrum bei den nächsten Wahlen keine allzu große Kraftanstrengung zu machen braucht, um den liberalen Vlod aus dem Sattel zu werfen. Wer das Volk begeistern will, muß große bestimmte Ziele haben. Die Nationalliberalen haben aber nur ein Ziel, das ist, möglichst viel Mandate zu erwerben, um sich an der Futterkrippe der Regierung zu halten. Damit kann man aber die Wählermassen nicht mobil machen. Die Politik der Nationalliberalen wirkt lähmend und erstarrend auf das Volk. Daraus resultiert die verzweifelte Stimmung in den liberalen Wählerkreisen. Niemand weiß, wohin die Fahrt gehen soll. Mit den Sozialdemokraten will man keine Politik machen, und ohne sie geht's nicht mehr. Und in dieser verzweifelten Situation ruft man dann in Heidelberg: „Großherzog hilf!“ Das wirkt belebend. O sancta simplicitas!

„Also abgemacht, Herr von Passen,“ sagte er nochmals, „wir haben uns zwar heute zum erstenmal gesehen, aber ich gehöre nun mal zu den unberechenbaren Menschen.“ „Auch was das jährliche Einkommen betrifft?“ witzelte Baron Niebusch und rief dadurch wieder lautes Lachen hervor. Die Unterhaltung schwirrte durcheinander und ging auf die verschiedensten Gebiete über, bis schließlich an jeder Fingerspitze ein anderes Thema behandelt wurde. Arger Tabaksqualm lagerte im Zimmer, so daß das Licht rötlich wie in einem Nebelschleier strahlte. Durch das feine Gewebe des Stores konnte man das elektrische Licht der Straße sehen, in dessen Schein die großen Schneeflocken gleichmäßig herbeieffelten. Und so tauchte der Oberkellner auf, ließ mit der Würde eines Athletes sein diplomatisches Lächeln spielen und verschwand auf den Laufstegen ebenso unhörbar, wie er gekommen war. „Weßhalb haben Sie eigentlich nicht mehr geheiratet, Herr Dulters?“ fragte ihn der Konsul plötzlich, ohne jede Veranlassung. „Sie sind doch heute noch ein Mann in den allerbesten Jahren, der, wenn er wollte —“ Dulters, der bereits längst gemerkt hatte, daß der Fragende darauf ausging, sich ihm auf irgend eine Art und Weise zu nähern, gebrauchte einige ablehnende Worte und blühte dann wieder gespannt nach links. Er hatte plötzlich aufgehört, Niebusch und Rentlow waren in ein sehr hitziges Gespräch geraten, über dessen Kernpunkt ihre Meinungen weit auseinander gingen, so daß sie sich gegenseitig sehr laut das Wort vom Munde abschmitten. Sie hatten einen Tagesvorgang aufgegriffen, der augenblicklich alle Gemüter bewegte. Ein Mann hatte in unglücklicher Ehe gelebt. Während eines Zwistes war die Frau zum Fenster hinausgesprungen und hatte dabei ihr Leben eingebüßt. Bald regten sich Stimmen, daß sie nicht freiwillig diesen Weg genommen habe, sondern infolge eines Stoßes durch die Hand ihres Mannes in die Tiefe gestürzt sei. Niemand war Zeuge dieses Vorganges gewesen, trotzdem hatten die Geschworenen den Mann auf Grund der Indizienbeweise wegen vorsätzlichen Mordes zu einer harten Zuchthausstrafe verurteilt. Zahlreiche Zeugen hatten ausgesagt, daß die Frau ihnen mitgeteilt habe, ihr Mann habe ihr wiederholt gedroht, sie zum Fenster hinauszuwerfen.

„Aber ich bitte Sie,“ rief Niebusch aufgebracht, „wie konnte man nur zu einem derartigen Urteil kommen. Wenn ich Ge-

Genosse Adolf Geel

teilt der „Volksstimme“ in Mannheim zur Geschichte der Kondolenztelegramme mit, daß ihm der Text derselben überhaupt niemals vorgelegen habe, sodas er also auch keine Gelegenheit fand, zur Form der Kundgebungen Stellung zu nehmen. Nachdem er aus verfassungsmäßigen Gründen die Frage der Zuständigkeit eines gar nicht mehr bestehenden Präsidiums der seit bald 14 Monaten geschlossenen Kammer hatte verneinen müssen, ging ihm von feiner Stelle irgend eine Mitteilung mehr zu. Adolf Geel wußte also nicht einmal, ob seinen Bedenken stattgegeben worden war oder ob trotzdem eine Kundgebung des ehemaligen Kammerpräsidiums erfolgte; erst aus den Zeitungen erfuhr er, daß letzteres geschehen.

Servilistische Taktik.

Wie die „Badische Landeszeitung“ berichtet, haben mit Genehmigung der obersten Militärbehörden in diesem Jahre die Reservisten zum erstenmal mit dem Militärpaß einen kurzen Hinweis auf die Kriegervereine erhalten. Der Aufruf legt die Vorteile dar, die mit dem Eintritt in einen Kriegerverein verbunden sind.

Die Kriegervereine verfolgen mehr und mehr politische Tendenzen. Zweifellos verdankt die eben geschilderte, mit behördlicher Genehmigung erfolgende Agitation ihre Ursache ebenfalls politischen Tendenzen. Die Kriegervereine sollen offenbar zur Avantgarde im Kampfe gegen die Sozialdemokratie ausgebildet werden.

Unsere Parteigenossen werden die Antwort auf diese Agitation nicht schuldig bleiben und mit verdoppeltem Eifer die Reservisten für die Arbeiterorganisationen zu gewinnen versuchen. Es ist Zeit, daß wir den politischen Treibern in den Militärvereinen mit aller Energie entgegenwirken. Vor allem gilt es, die jungen Leute diesen Vereinen fern zu halten und dafür zu sorgen, daß die Anhänger unserer Partei, so weit sie noch Mitglieder der Kriegervereine sind, zum Austritt aus denselben veranlaßt werden. Wir wollen unsere Arbeiter nicht politisch vertrotten lassen, sondern selbständig denkende Staatsbürger erziehen.

Nationalliberale Blockbrüderschaft.

Wie wenig ernst es den Nationalliberalen, auch unseren badischen, mit einer wirklich liberalen Blockpolitik ist, dafür liefert die „Badische Landeszeitung“ wieder einen klassischen Beweis. Zu der Mitteilung, daß unser Parteigenosse Quard in einer liberalen Volksversammlung in Frankfurt a. M. ein Programm für das Zusammengehen der bürgerlichen Linken mit der Sozialdemokratie entwickelt, bemerkt das genannte nationalliberale Organ:

„Es bleibt abzuwarten, ob die linksliberalen Parteien Preußens sich in ihrer Gesamtheit auf dieses im Hinblick auf die parlamentarische Lage im Reichstag im Augenblick und in Preußen doch recht gewagte Experiment einlassen wollen.“

Bisher versuchten die badischen Nationalliberalen es immer so darzustellen, als ob sie von Herzen bedauerten, daß jenseits des Rheins die Blockpolitik nicht so weit vorgeschritten sei. In Wirklichkeit aber fürchten die nationalliberalen Herrschaften sich vor dem Zusammenschluß der bürgerlichen Linken mit der Sozialdemokratie, denn dadurch wird es den Nationalliberalen einfach unmöglich, ihre illiberale Politik, die auf eine grobe Täuschung der liberalen Wählermassen hinausläuft, fortzusetzen.

In Baden hat man in den sauren Äpfel der Blockpolitik gebissen, weil es andererseits mit der nationalliberalen Herrlichkeit Matthäi am letzten gewesen wäre.

Die Kirche als Kaufhaus.

Aus Hörden schreibt man uns: Am letzten Sonntag bot der hiesige Ortsgeistliche, Pfarrkurat Seltzer von der Kanzel herunter Ansichtspropheten, das Stück zu 10 Pf. feil. Der Heinertrag soll für die vom Pfarrer gewünschte Kinderschule verwendet werden. Abgesehen davon, daß es zum mindesten eine Taktlosigkeit ist, in der Kirche und gar von der Kanzel herunter Politikern zum Verkaufe anzubieten, brauchen wir hier keine Kinderschule, wenigstens ist schworener gewesen wäre — ich hätte die Schulfrage verneint. Man schied doch auf hohe Vermutungen hin keinen Menschen im Zuchthaus. Was jemand sagt, braucht er immer noch nicht zu tun. Was sagen Sie, Dulters? Sie sind doch auch ein Mann, der das Leben kennen gelernt hat.“

Schwägerlein trat ein. Alle Blicke auf den Hofhändler, der mühte seine Meinung ausschlaggebend sein. Dulters zuckte mit den Achseln, strich die Äsche von seiner Zigarre und erwiderte ernst: „Wer kann in der Seele eines Menschen lesen? Sie ist ein unergründlicher Abgrund voll finsterner Schattungen, in den nur das Auge des Schöpfers dringen kann. Der Schöpfer aber bleibt stumm. Und so lange er nicht spricht, werden auch Richter und Geschworene nur Menschen sein, die irren wie jeder andere Sterbliche. Ich habe den Prozeß nicht verfolgen können, weil ich nicht in Berlin war. Aber so viel weiß ich: wenn mir als Geschworener nicht vollgiltige Beweise für die Schuld eines Menschen überbracht werden, so werde ich ihn niemals schuldig sprechen, auch wenn ich im Innersten von seiner Schuld überzeugt sein sollte.“

„Vergehen Sie, wenn ich mir erlaube, Sie auf einen kleinen Widerspruch aufmerksam zu machen,“ mischte sich Herr von Passen höflich in die Unterhaltung. „Wenn ich von etwas überzeugt bin, so setzt das auch logisch mein Handeln danach voraus, das doch nur eine Konsequenz meines Denkens ist.“

„Da sind Sie an die richtige Adresse gekommen,“ brachte der Hofhändler lachend hervor. „Die akademische Gelehrsamkeit sagt die Sache anders auf.“

Rentlow und der Konsul stimmten ihm bei. Nur Niebusch wollte davon nichts wissen. Er erhob sein Glas trank Dulters zu und begann wieder schwaunend seine alte Meinung zu verfechten. Er lachte schon ganz nett, so daß er die Sache abgehackt über die Lippen brachte.

Dulters nahm keine Notiz davon, wandte sich vielmehr nur an Passen. „Das verstehen Sie nicht, junger Herr,“ sagte er schorff, daß er fast selbst darüber erschau. „Meine innere Überzeugung gehört mir, über die hat kein Staatsanwalt und kein Richter zu verfügen. Auch als Geschworener bleibe ich Mensch, der seine Privatansicht haben darf, wie jeder andere.“ (Fortsetzung folgt.)

Der Holzhändler.

Roman von Max Kretzer.

6) (Nachdr. verb.)

Er sollte sich noch mehr getroffen fühlen, den kaum hatte Niebusch Rittmeister von Tollen einige Worte zugeflüstert, als dieser laut sagte: „Leute Ihres Schlages, lieber Dulters, brauchen ihr Vermögen nicht mit sich herumzutragen. Profit!“

Der Konsul glaubte den Blick des Rittmeisters flüchtig auf sich gerichtet zu sehen, und so fühlte er auch diesen Stich. Beide hatten früher beim Wein eine kleine Karambolage miteinander gehabt, die aber schließlich gütlich beigelegt worden war. Rittmeister von Tollen hatte die Bosheit gehabt, falls es sich gerade im Gespräch so machte, auffallend oft die Frage aufzuwerfen: „Wo war doch gleich Ihre Konsulat?“ Und so litt der Konsul stets unter der Einbildung, man könne an seiner gesellschaftlichen Honorarität zweifeln und ihn für einen halben Industriemillionär halten.

Rassen war rot geworden wie ein junges Mädchen. Wenn er ganz offen hätte sein sollen, so würde er Dulters erwidert haben, daß auch ihm die Einladung etwas „zu plötzlich“ erschiene. So aber stand er unter dem Zwange des Augenblicks und nahm in erschütterter Verwirrung dankend an.

Dulters streckte ihm die Hand entgegen. Das sei recht, meinte er. Nur keine unnötige Ziererei, das widerspreche dem natürlichen Gefühl. Die Natur habe doch immer recht; er sei in ihr groß geworden und wisse das. Sobald er erfahren hatte, daß Herr von Rassen ein „Armer“ sei, fühlte er sich ihm als Besühender überlegen. Verarmte Adelige zählten in seinen Augen nicht, denn er hatte von ihnen nichts zu erwarten. Und so lehnte er plötzlich die Souveränität des Prozes hervor, der die Herrschaft des Geldes zur Genüge kennen gelernt hat. Das war weniger Dummstolz, als eine Betätigung seiner großen Menschennütze, die ihn gelehrt hatte, daß man einem leeren Portemonnaie alles bieten dürfe, selbst wenn eine vielgaltige Krone darauf prange. Trotzdem hatte er für Rassen nicht diese rein äußeren Gefühle; er war vielmehr in seinem Innersten von dem Wunsche erfüllt, gerade einmal einen wirklich Bedürftigen an seine Tafel zu ziehen, an der schon manche die teuersten Weine getrunken hatten, ohne es verdient zu haben.

„Also abgemacht, Herr von Passen,“ sagte er nochmals, „wir haben uns zwar heute zum erstenmal gesehen, aber ich gehöre nun mal zu den unberechenbaren Menschen.“

„Auch was das jährliche Einkommen betrifft?“ witzelte Baron Niebusch und rief dadurch wieder lautes Lachen hervor. Die Unterhaltung schwirrte durcheinander und ging auf die verschiedensten Gebiete über, bis schließlich an jeder Fingerspitze ein anderes Thema behandelt wurde. Arger Tabaksqualm lagerte im Zimmer, so daß das Licht rötlich wie in einem Nebelschleier strahlte. Durch das feine Gewebe des Stores konnte man das elektrische Licht der Straße sehen, in dessen Schein die großen Schneeflocken gleichmäßig herbeieffelten. Und so tauchte der Oberkellner auf, ließ mit der Würde eines Athletes sein diplomatisches Lächeln spielen und verschwand auf den Laufstegen ebenso unhörbar, wie er gekommen war.

„Weßhalb haben Sie eigentlich nicht mehr geheiratet, Herr Dulters?“ fragte ihn der Konsul plötzlich, ohne jede Veranlassung. „Sie sind doch heute noch ein Mann in den allerbesten Jahren, der, wenn er wollte —“ Dulters, der bereits längst gemerkt hatte, daß der Fragende darauf ausging, sich ihm auf irgend eine Art und Weise zu nähern, gebrauchte einige ablehnende Worte und blühte dann wieder gespannt nach links. Er hatte plötzlich aufgehört, Niebusch und Rentlow waren in ein sehr hitziges Gespräch geraten, über dessen Kernpunkt ihre Meinungen weit auseinander gingen, so daß sie sich gegenseitig sehr laut das Wort vom Munde abschmitten. Sie hatten einen Tagesvorgang aufgegriffen, der augenblicklich alle Gemüter bewegte. Ein Mann hatte in unglücklicher Ehe gelebt. Während eines Zwistes war die Frau zum Fenster hinausgesprungen und hatte dabei ihr Leben eingebüßt. Bald regten sich Stimmen, daß sie nicht freiwillig diesen Weg genommen habe, sondern infolge eines Stoßes durch die Hand ihres Mannes in die Tiefe gestürzt sei. Niemand war Zeuge dieses Vorganges gewesen, trotzdem hatten die Geschworenen den Mann auf Grund der Indizienbeweise wegen vorsätzlichen Mordes zu einer harten Zuchthausstrafe verurteilt. Zahlreiche Zeugen hatten ausgesagt, daß die Frau ihnen mitgeteilt habe, ihr Mann habe ihr wiederholt gedroht, sie zum Fenster hinauszuwerfen.

„Aber ich bitte Sie,“ rief Niebusch aufgebracht, „wie konnte man nur zu einem derartigen Urteil kommen. Wenn ich Ge-

Die Frauen gehen hier nicht in die Fabrik und können sich deshalb der Erziehung der Kinder widmen. Will man für die kinderreichen Familien etwas tun, so beseitigt man das Volksschulgeld. Uebrigens hätte man beim Bau der Pfarrerschule so viel ersparen können, daß es zu einer Kinderschule gelang hätte. Soffentlich wird bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl ein Mann gewählt, der dem Pfarrhof gegenüber ein starkes Rückgrat hat.

Merchand Intimes

weih ein Mitarbeiter der nationalliberalen „Köln. Ztg.“ von dem verstorbenen Großherzog Friedrich zu erzählen. Uns interessiert nur, was hier über die Zeitung „Kölnische Rundschau“ berichtet wird. Es heißt da:

„Bei keiner Redaktion und bei keinem Ministerium wurden so viele Zeitungen gehalten und auch gelesen, wie im Schloß. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir annehmen, daß der Großherzog mehrere Stunden des Tages für das Lesen der Zeitungen aufgewendet hat. Auf sämtliche große Zeitungen des In- und Auslandes, und zwar ohne Rücksicht auf deren Parteistellung, war der Großherzog abonniert. Er selbst las regelmäßig die Kölnische Zeitung, Straßburger Post, Münchener Allgemeine, Frankfurter Zeitung, sowie die meisten Karlsruher Blätter, von auswärtigen Blättern die Times und den Figaro. Die übrigen Zeitungen mußte entweder der Vorstand oder der zweite Beamte des Geh. Kabinetts so genau als möglich durchsehen und dann dem Großherzog über wichtige Artikel berichten. Auf die bei anderen Fürsten manchmal übliche Methode, sich auf das Lesen von Zeitungsabschnitten zu beschränken, ging der Großherzog niemals ein; sein Grundsatz war, alles selbst zu lesen und zu studieren, um sich dann ein selbständiges Urteil zu bilden. Nur eine politische Tagespresse war grundsätzlich im Schloß ausgeschlossen: die sozialdemokratische. Früher allerdings las der Großherzog ab und zu den sozialdemokratischen „Volksfreund“ oder auch den „Vorwärts“; seit einigen Jahren durfte keine sozialdemokratische Zeitung mehr über die Schwelle des Schloßes.“

Da braucht man sich über Verschiedenes, namentlich aber über die Feindseligkeit des verstorbenen Großherzogs gegenüber der Sozialdemokratie allerdings nicht zu verwundern. Welches Vorbild von der sozialdemokratischen Bewegung muß jemand erhalten, wenn er nur die der Sozialdemokratie feindlich gesinnte Presse liest. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, welchen Unfuss gerade die nationalliberale Presse jahraus jahrein über die Sozialdemokratie berichtet.

14. Internationaler Kongreß für Hygiene und Demographie.

V.

In der 8. Sektion beschäftigte man sich am letzten Tage des Kongresses mit der Fürsorge für Schwachsinrige. Wilhelm Wegand aus Würzburg, die bedeutende Autorität auf diesem Gebiete, forderte eine viel weitergehende Unterscheidung der Minderwertigen, als sie heute üblich ist; die Fürsorge für die nicht Schwachsinrigen, die wirklichen Idioten und die sonst Minderwertigen, muß weiter ausgedehnt werden. Die Minderwertigen und Schwachsinrigen sind dauernd anfallsbedürftig, die Minderwertigen wenigstens bedingt entlassungsfähig. Die gegenwärtig bestehenden Organisationen, nämlich die Anstalten, Pflanzschulen und die Fürsorgeanstalten reichen nicht aus. Zu fordern ist vielmehr Verstaatlichung und Verästelung der Anstalten für die dauernd Anfallsbedürftigen, und ein Ausbau dieser Anstalten auch nach der ökonomischen Seite hin. Neben dem Arzt gehören in solche Anstalten Sanftmütigkeitslehrer, Handwerkermeister und landwirtschaftliche Aufseher, die den Insassen wenigstens die Anfänge nützlicher und befriedigender Tätigkeit beibringen könnten.

Ferner befaß es der Pflanzschulen mit Schulzwang für leicht Schwachsinrige Kinder; wo die Umstände es erfordern, soll man die Anstalten als Interate auf das Land hinaus verlegen. Aber immer ist Sorge dafür zu tragen, daß nicht allein Hausväter und Lehrer dort das Wort (oder auch die Rute!) zu führen haben, sondern in erster Linie der Arzt. Sittlich gefährdete und defekte Kinder gehören in die Fürsorgeerziehung, epileptische, nerven- und geisteskrante Kinder wiederum in besondere

Anstalten. — Wie wenig die soziale Fürsorge für geistig- oder sittlich abnorme Kinder geregelt ist, legte Dr. Fürtgenheim aus Berlin in einem zweiten Referat dar. In Preußen z. B. ist die Frage der Kostenbedeckung für die besondere Erziehung anormalen Kinder bis heute nicht geregelt worden; ein öffentlicher Kostenträger existiert vorläufig nur bei denjenigen Kindern, bei denen die Voraussetzungen des preussischen Fürsorgeerziehungsgegesetzes vorliegen: nämlich entweder die Gefahr völliger sittlicher Verwahrlosung des Kindes oder aber schwere erzieherische Vernachlässigung durch die Eltern. Da die preussische Rechtsprechung angenommen hat, die Gefahr der sittlichen Verwahrlosung eines Kindes sei erst gegeben, wenn es bereits ein Delikt begangen habe, so bleibt dem Unbemittelten heute die notwendige Hilfe gerade in den Fällen verweigert, in denen sie sich zur Rettung ihres Kindes rechtzeitig hat wenden an den Arzt oder eine andere berufene Person wenden. Die Läden in der Gesehgebung erklären sich zum Teil daraus, daß bei der Schaffung der heute geltenden Gesetze die eigenartigen Zustände der Deblilen und Psychopathen noch nicht bekannt waren. Nachdem die Forschung in der letzten Zeit auf diesem Gebiete mit Erfolg tätig gewesen ist, ist es an der Zeit, das Gemeinwesen, Provinzen und Staaten die notwendigen Mittel zur rationalen Fürsorge bewilligen; im Grunde genommen handelt es sich dabei nur um eine zweckmäßige Verwendung bereits bestehender Lasten, die auf die Dauer wahrscheinlich sogar zu ersparen führen wird. Denn: das Verbrechen, die Prostitution, die Bagabondage, die Geisteskrankheiten, rekrutieren sich gerade aus den Kreisen derjenigen Kinder, die der Heilerziehung bedürfen und durch Heilerziehung zu retten sind. Der Staat sollte ein zentrales Institut für „Mediko-Pädagogik“ einrichten, es würde zum dringendsten Bedürfnis für den Vormundschaftsrichter, den Arzt und die pädagogischen Helfer an der Fürsorgeerziehung gewordene Fortbildungsanstalt darstellen.

Die Behandlung der Abwässer führte in Sektion 6a noch weiterhin zu interessanten Debatten, die schließlich in folgenden einstimmigen Beschlüssen gipfelten, den die deutschen und französischen Referenten miteinander vereinbart hatten: „Die zahlreichen Erfahrungen, die in den letzten 4 Jahren bei der Reinigung der Abwässer gemacht worden sind, haben die vom 13. Kongreß zu Brüssel vertretene Meinung bestätigt und gezeigt, a) daß es kein Verfahren gibt, welches unbedingt als das beste und wirtschaftlich empfehlenswerteste bezeichnet werden müßte; b) daß man durchaus befriedigende Erfolge erzielen kann, wenn man das den Umständen angemessene Verfahren sorgfältig auswählt, es den örtlichen Bedingungen anpaßt und streng geregelt unter wirksamer Ueberwachung anwendet. Der Kongreß spricht als Wunsch aus, daß die Regierungen ständige technische Ueberwachung der Wasserläufe organisieren, um sie gegen die zunehmende Verunreinigung zu schützen und um die Abwässer der Industrie wirksam zu überwachen; 2. daß eine internationale Verständigung angebahnt werden möge, um zu einheitlichen Methoden in der Ueberwachung und technischen Untersuchung der Wasserläufe zu gelangen.“

Die Staatsstatistiker Reefe-Breslau und Singer-München, beschäftigten sich mit dem Zusammenhang zwischen Sterblichkeit und Wohlhabenheit: Genau sind diese Zusammenhänge noch nicht erforscht, das vorhandene Material beweist aber, daß die Wohlhabenden eine bevorzugte Stellung in Hinsicht auf viele Krankheiten haben. Die Fortschritte der Hygiene haben die großen Unterschiede in der Lebenserwartung wohlhabender und armer Kinder bisher nicht auszugleichen vermocht, inwieweit sie sie ein wenig vermindern. Angesichts dieser Tatsachen ist eine von Professor Griesbach in der 8. Sektion vorgeschlagene Ueberprüfung über den Prozentsatz der zum Militärdienst untauglichen höchst interessant. Darnach sind nämlich in Deutschland von dem zum Einjährigfreiwilligen dienste berechtigten 60—80 Prozent unbrauchbar. Was heißt das? Die wahrscheinliche Ueberlegenheit der wohlhabenden Kinder in Bezug auf Lebensfähigkeit wird durch die Mängel im Erziehungssysteme zum großen Teile wieder zerstört, insbesondere durch die Sitzzeit in der Schule, die einseitige geistige Beanspruchung und den Mangel an körperlicher Betätigung. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Töpferstreik. Der mit der Seiler'schen Fabrik in Dabau u. a. abgeschlossene Tarifvertrag lief am 1. Oktober ab. Der Unternehmer weigerte sich, in dem neuen Vertrag einige durch die Verhältnisse gebotene Verbesserungen zuzugestehen, weshalb sämtliche Arbeiter in den Ausstand eintraten.

Töpfer. In Berlin waren am Mittwoch etwa 3000

Töpfergesellen versammelt, um die formelle Abstimmung über den Ausstand vorzunehmen, der tatsächlich heute früh schon in Kraft getreten ist. Einstimmig wurde beschlossen, in den Generalstreik zu treten. Ein Antrag, eine Lohnerhöhung zu fordern, wurde abgelehnt. Es wurde betont, daß es sich bei dem Kampf nur um die Aufrechterhaltung des bestehenden Tarifvertrages handelt.

Eine Woche Gefängnis für ein Wort. In Fürtgenheim im Sommer ein Streik der Spiegelbelegerinnen. Der Schreiner W., der Mann einer der Streikenden, nannte die Arbeitswillige Janny Wagner Streikbrecherin. Für diese Untat erhielt er eine Woche Gefängnis.

Der Streik der Baumwollarbeiter in Paisley in Schottland hat eine Ausdehnung erfahren. Nunmehr sind 14 000 Arbeiter und Arbeiterinnen an dem Streik beteiligt.

Soziale Rundschau.

Vorbelle und Mädchenhandel. Die Nationalkonferenz zur internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels zählte am 1. Januar ds. Js. 460 Mitglieder. Dieselbe hielt in Düsseldorf ihre 5. Sitzung ab. Major a. D. Wagener ergriffte den Jahresbericht, der seiner Genugtuung Ausdruck gibt über eine Entscheidung des Reichsgerichts, wonach ein Vorbeldelbester wegen Verschleppung zweier Mädchen von einem Vorbeldel in das andere wegen Kuppelei zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Es stehe zu hoffen, daß auch die übrigen Gerichte sich dieser Auffassung anschließen würden. Als ein bedeutsamer Erfolg sei es zu bezeichnen, daß auf dem vorjährigen internationalen Kongreß zu Paris 26 Staaten vertreten waren und daß die Stellung der einzelnen Staaten gegenüber der Frage der Reglementierung und Kasernierung eine wesentlich andere geworden sei. Nach den angefertigten Ermittlungen seien in den letzten zwei Jahren 28 Mädchenhändler von deutschen Gerichten verurteilt worden. Die Geschäftsstelle habe außerdem 200 Anzeigen von verschleppten Mädchen erhalten; für die Zurückschaffung von 43 dieser Mädchen sei die Geschäftsstelle tätig gewesen. Die meisten verschleppten deutschen Mädchen befinden sich in Rußland, Oesterreich und ganz besonders in Belgien und Holland. Die Mädchenhändler setzten sich zumeist aus Polen, Ungarn und Galizien zusammen, die übrigen Nationen seien weniger beteiligt. Eigentümlich wohl wies den Zusammenhang von Vorbellen und Mädchenhandel nach. Das beste Mittel im Kampfe gegen die Vorbelle sei die Hebung des sittlichen Niveaus ungeres Volkes. Ein Antrag des deutschen evangel. Frauenbundes auf Einführung einer strengen Handhabung des § 180 R.-Str.-G.-B. in Bezug auf die Kasernierung der Prostitution wurde angenommen.

Aus der Partei.

Der zweite Kursus der Parteischule ist am Dienstag morgen vom Genossen Bebel im Namen des Parteivorstandes eröffnet worden. In seinen Ausführungen betonte er, daß der Schlag, den die Berliner Polizei durch ihr Vorgehen gegen die Gen. Hilferding und Pannekoek gegen die Parteischule führte, wirkungslos war, da die Läden vollständig ausgefüllt sind. — Am Kursus nahmen 33 Schüler teil, darunter zwei Frauen. Ziemlich die Hälfte der Kursteilnehmer besteht aus Parteigenossen (Redakteure, Parteisekretäre, Geschäftsführer u. a.)

Ein Jubiläum. Die wissenschaftliche Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, die „Neue Zeit“, vollendet das 25. Jahr ihres Wirkens im Dienste des sozialistischen Proletariats — unter derselben redaktionellen Leitung, unter der sie Anfang Oktober 1882 als Monatschrift ins Leben trat. Im Herbst 1882 schritt Genosse Karl Kautsky, nachdem er sich mit Bebel, Liebknecht und Dietz verständigt hatte, unter Mitwirkung des Genossen Heinrich Braun zur Herausgabe einer neuen Monatschrift, der „Neuen Zeit“. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde die „Neue Zeit“ in eine Wochenschrift umgewandelt. Wir vermögen heute am Jubiläumstage der Zeitschrift und ihrer Redaktion nichts Besseres zu wünschen, als daß seine Erfolge sich stetig mehren, daß sie in immer weitere Parteireise dringt und seine Arbeit als Revolutionärer der Köpfe mit gleicher Unermüdblichkeit fortsetzt.

Die Maifeier. Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. nahmen am Dienstag den Bericht vom Parteitage entgegen. Parteisekretär Dittmann wandte sich u. a. scharf gegen die Ansicht, die Partei müsse bei Maifeiermaßeregelung die Hälfte der Kosten bezahlen. Das sei ein Unrecht, denn bei einer Halbierung der Kosten würden die gewerkschaftlich und politisch organisierten Genossen 5- bis 6mal höher zu diesen

Kleines Feuilleton.

Gegen unsere Trauersitten wendet sich in der „Berliner Rundschau“ Dr. C. Blaghoff-Dejonne. Wir geben seine Ausführungen in kurzem Auszug wieder. Die gute Sitte verlangt zunächst schwarze Kleidung. Wer nicht schon beizugehen als praktischer Mann sich für einen bevorstehenden Todesfall mit schwarzen Sachen versehen hat, dem ist es nicht vergeblich, in stillem Schmerz bei dem Toten zu verharrten. Er muß nicht nur zur Polizei und in die Druckerei eilen, er muß vor allem zum Schneider und zur Schneiderin. Die Toten haben's nicht mehr eilig, wohl aber „die tieftrauernden Hinterbliebenen“. Tag und Nacht wird an den Trauerkleidern von fleißigen Händen mit brennenden, müden Augen gearbeitet. Denn man kann ja niemanden empfangen, ehe man nicht schwarz von Kopf bis zu Fuß ist. Und nun folgt die Flut langweiliger Besuche, die beiden Teilen unerträglich ist und bei denen so unglücklich viel gelogen wird. Es folgt die Flut von Kondolenzbriefen, in denen jeder seine „wärmste Teilnahme an dem schmerzlichen Verlust“ ausdrückt und die unglücklichsten Tröstungen in frecher Heuchelei gewohnheitsmäßig zu Papier bringt. Die schwarze Kleidung auf der Straße zwingt die Fernerstehenden, die der Kondolenzbesuche entraten können, immerhin zu den bekannten höflichen Kondolenzphrasen, die man nur mit halber Stimme vorträgt, weil man von ihrer Sinnlosigkeit und Ueberflüssigkeit allzu überzeugt ist. Wie viel Heuchelei und Phrasendrescherei wäre ohne die Trauerkleidung weniger auf der Welt!

Dazu kommt, daß man auch im Privatleben der Trauernden eifersüchtig über die Beobachtung gewisser Regeln wacht. Wie wohl täte es einem traurigen Herzen, ein Konzert oder eine Oper zu hören! Wie viel gesunde Ablenkung liegt in einem solchen Genuß, der einer verwundeten Seele Lebensmut und Daseinsfreude wieder schenken könnte. Aber es ist verboten: „Es schickt sich nicht.“ Solche

„weltliche“ Vergnügungen stehen der Trauer übel an. Die Trauerzeit muß verstreichen wie ein englischer Sonntag. Die Kirche ist der einzige Ort, der besucht werden darf. . .

Nicht die einfache Abschaffung der Trauersitten möchten diese Feilen ansetzen; aber sie möchten der Ueberzeugung in weiteren Kreisen bahnbrechend helfen, daß das eigene Empfinden in völliger Freiheit über ihre Einhaltung oder Nichtbeobachtung entscheiden soll, daß das individuelle Gewissen nach eigenem Ermessen das gesellschaftliche Verhalten der Trauernden regelt. Diese Freiheit fehlt bis jetzt. Wir behandeln unsere trauernden Mitmenschen wie anstehende Kranke, die man absondert und nach einem strengen Spezialfoder behandelt, statt sie fester an uns zu fetten und ihnen herzlich entgegenzukommen. Jeder Versuch von ihrer Seite, sich dem Leben zuzuwenden und die gerissene Wunde zu verheilen, wird während des Trauerjahres mit Enttäufung abgewiesen.

Wir sind dabei so kleinlich, daß wir z. B. vor dem Ablauf der ersten zwölf Monate geschlossene zweite Eben als ein Verbrechen betrachten, das niedriger Gesinnung entfließt, während eine im 13. Monat neu eingegangene Heirat ohne weiteres begilligt wird. Wir verlangen auch mehr Ehrlichkeit. Warum in aller Welt suchen die Trauernden bei fernestehenden Bekannten Mitgefühl für einen Verlust, der jene nur einmal nichts angeht? Warum kondolieren wir mit sanften Worten und mitleidigen Blicken, wo nun einmal nichts zu kondolieren ist? Warum tun wir es bei Fernestehenden in der rohen, herzlosen Form der Drucksache? Wann wird es einmal gute Sitte werden, daß man ehrlich ist, statt Teilnahme zu heucheln? Die weniger allgemeine Verbreitung der Trauerkleidung wird dazu das ihre tun. In öffentlichen Lokalen werden die Trauernden nicht mehr auffallen. Die Verhüllung zu heuchlerischen Phrasen wird bei allen, die ihnen begegnen, geringer werden. Die Trauernden selbst werden sich freier und wohlher fühlen. In unser soziales Leben wird mehr Wahrheit und Ge-

radtheit kommen, und die Toten draußen auf den Friedhöfen verlieren gewiß nicht daran, daß sie nicht in dem Munde und den Kleidern der Ueberlebenden fortleben, sondern, wenn sie es verdienen, in ihrem Herzen. Wir Kinder des 20. Jahrhunderts wollen freie, ehrliche Menschen sein, die nur der Autorität ihres Gewissens gehorchen, die die Treue gegen sich selbst über die Rücksicht gegenüber dem Nächsten stellen, und die ihre frohen wie ihre schmerzlichen Empfindungen nach eigenem Gutdünken in sich verschließen oder äußerlich kundzugeben entschlossen sind.

Die Prügelstrafe und ihre Gefahr für unsere Kinder. Wenn man von Verblutungen reden hört, so denkt man im Volke stets daran, daß sich das Blut nach außen oder in eine der Körperhöhlen ergießt. Das braucht aber nicht immer der Fall zu sein, denn der Tod kann, wie Dr. Marx in der Berliner klinischen Wochenschrift hervorhebt, zweifellos auch an Verblutung infolge von außerordentlich zahlreichen und ausgedehnten Blutungen in die Haut erfolgen. Diese werden sehr leicht bei der Prügelstrafe herbeigeführt, so daß solches der Grund ist, wenn man davon redet, jemand sei zu Tode geprügelt. In gewissen Gegenden der russischen Ostseeprovinzen werden z. B. die erwischten Pferdediebe mit Ruten- und Stockschlägen gequält, wobei mächtige Blutungen in die Haut zustande kommen, die dem Gefäßsystem im Innern des Körpers so viel Blut entziehen, daß der Tod an Verblutung eintritt.

Es ist also von seiten unserer Pädagogen und Menschenfreunde eine wohlverdiente Forderung, die Prügelstrafe bei Kindern abzuschaffen, denn bei ihnen wird man noch mehr als beim erwachsenen Menschen an die Möglichkeit einer durch Züchtigungen bedingten Verblutung in die Haut denken müssen, ohne daß eine äußere Verletzung vorhanden ist. Bei kleinen Kindern sind schon geringe Blutverluste außerordentlich gefährlich, und Säuglinge können bereits verbluten, wenn sie nur 50 Kubikzentimeter Blut verlieren. — Also fort mit der Prügelstrafe in unserem humanitär denkenden Zeitalter!

Kosten herangezogen werden, als die nur gewerkschaftlich Organisierten. Partei und Gewerkschaft müßten alle Hebel in Bewegung setzen, um solidarisch die Kosten aufzubringen.

Gröningen, 3. Okt. Am Sonntag Nachmittag halb 2 Uhr findet im Löwen eine Parteiversammlung statt, in der unser Reichstagsabgeordneter Genosse Eichhorn Bericht erstatten wird über den Essener Parteitag. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen und für einen guten Besuch zu sorgen.

Bruchsal, 3. Okt. Am Samstag Abend halb 9 Uhr findet im „Einhorn“ die Monatsversammlung des Sozial. Vereins statt. In dieser wird Redakteur Weichmann aus Karlsruhe Bericht über den Essener Parteitag erstatten. Es wäre sehr erwünscht, daß die Parteigenossen zahlreich erscheinen; auch die Volksfreundleser sowie die Gewerkschaftsmitglieder sind zu dieser Versammlung höflichst eingeladen.

Rehl, 3. Okt. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, spricht im Gasthaus zum Schiff Frau Hoppe aus Berlin. Wir ersuchen sämtliche Volksfreundleser, für diese Versammlung zu agitieren. Hauptächlich sind die Frauen zum Besuch dieser Versammlung anzuregen.

Badische Chronik. Freiburg.

8. Oktober.

Gestern hat das allgemein beliebte Variete-Theater seine Vorstellungen eröffnet. Jeden halben Monat wechselt das Programm. Das erste Programm bringt gleich einige Glanznummern. Das Programm wird jeweils beim Wechsel im Inseratenteil veröffentlicht. Die Leitung wird dafür Sorge tragen, daß sich das Kolosseum auch in dieser Saison auf der Höhe eines erstklassigen Variete-Theaters hält.

Polizeibericht. Eine schwere Schlägerei fand Mittwoch Abend gegen 7 Uhr in der Freiau statt. Ein lediger Packer von hier mischte sich in Streitigkeiten zwischen einem verwitweten Garderobier und einem Lumpensammler von hier und brachte dem ersteren durch Schläge mit einem Holzstück so erhebliche Kopfwunden bei, daß der Verletzte in die chirurgische Klinik verbracht werden mußte.

Selbstmord. In der Zeit vom 1. zum 2. d. M. hat sich der 44 Jahre alte Wächner Georg Lay aus unbekannter Ursache auf dem Speicher seiner in der Konbittstraße hier gelegenen Wohnung erhängt.

Nachdem die langen Abende ihren Einzug wieder gehalten haben, darf auch wieder mit einem regeren Besuch der Versammlungen gerechnet werden. Morgen Abend hält im sozialdemokratischen Verein ein Genosse einen Vortrag über „Kommunale Schulpolitik“. Hierzu darf ein guter Besuch erwartet werden.

Gröningen, 3. Okt. Der etwas über 2 Jahre alte Knabe eines hiesigen Schreiners kletterte an einem Kinderwagen empor, in dem ein wenige Monate altes Kind lag. Der Wagen schlug um, wobei dem Knaben der Fuß abgedrückt wurde, während man das jünger unterlekt unter dem Wagen hervorzog.

Horsheim, 3. Okt. Durch rechtzeitiges Eingreifen der Polizei wurde der Brauereiarbeiter Götz von Knittlingen an der Ausführung eines Revolverattentats gegen seine Frau, mit der er in Ehecheidung lebt, verhindert. Es wurden bei ihm zwei scharfgeladene Revolver und 40 Patronen gefunden. Motiv: Eifersucht.

Ginter den Häusern der oberen Au erkrankt das 1 1/2 Jahre alte Söhnchen des Schuhmachers Jakob Würle in der Nagold.

Offenburg, 2. Okt. Am 21. Sept. ereignete sich hier in der Steinstraße folgender Vorfall: Der dem Weinhändler Bau gehörige Hund biss den Sohn des Milchhändlers Schle in das Kinn, so daß ärztliche Behandlung erforderlich war. Der Arzt konstatierte, daß der Schleimbeutel durchgebissen war und eine längere Arbeitsunfähigkeit die Folge des Bisses ist. Es wäre Sache der Polizeibehörde, dafür zu sorgen, daß die Hunde, wenigstens soweit sie bissig sind, mit Maulkörben versehen werden. Die Hundebesitzer machen sich aus solchen Vorfällen oft nicht viel, da die Haftversicherung für etwaige Schäden auskommt. Mit einem solchen Trost kann sich aber das Publikum nicht begnügen.

Vuenheim, 3. Okt. Ein Radfahrer, der verheiratete Landwirt Schneider aus Leutesheim, kollidierte mit einem Fuhrwerk infolge Scheuens der Pferde. Die Deichsel drang ihm in den Brustkasten. Der Unglückliche wurde in die Straßburger Klinik verbracht, wo er starb.

Vom Wobensee, 3. Okt. Mit dem Zeppelinischen Luftschiff ist der Sieg des starren Systems erschollen und Deutschland in der Konstruktion lenkbarer Luftschiffe an der Spitze aller Nationen. Der Bau eines zweiten Fahrzeuges soll unverzüglich in Angriff genommen werden.

Walldshut, 3. Okt. Der bei der Strohhutfabrik Wilde und Konrad angestellte Kaufmann Elschel ist seit einigen Tagen klaglos. Derselbe hat sich Unterschlagnungen und sonstige Verträge aufgeben lassen. Als Reisender hat er der Firma fingierte Bestellungen aufgegeben, um möglichst viel Provision herauszuschlagen. Elschel war Vorstand des Klubs „Mandolinata“, einer Vereinigung junger Leute, die es wahrlich nötig hätten, sich mit anderem zu beschäftigen, als mit Vergnügungen und Anekdoten. In den meisten Fällen schlecht bezahlt, leben dieselben über ihre Verhältnisse und es darf nicht wundernehmen, wenn dann das nächstliegende oben geschilderte Vorfall eintritt. Bedauerlich ist es, daß noch junge Arbeiter sich solchen Klubs anschließen, ihre freie Zeit in den Wirtschaften tötschlagen und ihre Gesundheit vorzeitig ruinieren. Es wäre jedenfalls für dieselben vorteilhafter, sich auf ihre Klassenlage zu besinnen, statt sich solchen zwecklosen Vereinigungen anzuschließen und sich „Studenten-Manieren“ anzueignen, die zu ihrem Einkommen in gar keinem Verhältnis stehen.

Mannheim, 3. Okt. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Vormittag an Kilometerstein 78 der Eisenbahnstrecke Mannheim-Friedrichseld unweit der letzteren Station. Kurz nach 3 Uhr fand man auf dem Bahndamme die Leiche des 19 Jahre alten Sohnes des in der Nähe postierten Bahnwarts Simon Weingöb. Der Körper des Jungen war mitten durchgeschnitten. Des Unglücks muß zwischen 7 und 8 Uhr geschehen sein, wo drei Züge die Strecke passierten.

Die Strafkammer hat sich gestern mit einem 68 Jahre alten Mütterling zu beschäftigen, der sogar ein 14 Jahre altes Mädchen aus Schwam über ein an ihm begangenes Sittlichkeitsverbrechen zu den Tod verurteilt hat. Das Mädchen wurde eines

Tages als Leiche aus dem Redar gezogen und das traurige Ereignis führte zur Entdeckung des Missetätigen, der sich schon seit dem Jahre 1903 an zahlreichen Kindern in unsittlicher Weise vergangen hat. Der Angeklagte, Eierhändler Peter Jäger von hier, wurde zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Aus dem badischen Hinterland, 3. Okt. Wurde da, wie der „Beobachter“ meldet, dieser Tage der Herr Doktor W. im nahen Str. nach Oberscheidental gerufen zu einer schweren Geburt. In seinem prächtigen Auto war er wie gewöhnlich im Au zur Stelle. Sofort lautete das Urteil: Rasch mit dem nächsten Schnellzuge über Eberbach nach Seidelberg in die Klinik. Die kranke Frau wurde ins Automobil gebracht, ihr Mann stieg auch rasch auf und unter der steuereifigen Hand des Herrn Doktor fliegt das Auto mit seinen Insassen mit Ahtzig-Kilometer-Geschwindigkeit durch Oberscheidental Eberbach zu. Doch schon nach 5 Minuten fährt die Gesellschaft zu viert, in ihrer Mitte eine neue, kräftige, lächelnde Weltbürgerin, mit Jubel von der Nachbarschaft begrüßt, wieder in gemächlichem Tempo zum Dorfe zurück. Das heißt doch: „Im Sturm ins Leben!“

Wie wird die Kleine einmal schauen, daß sie Vater und Mutter samt dem Herrn Doktor so in Galopp gesetzt hat. Sonst haben schon hunderte der Hals gebrochen in diesem Teufelswagen und sind noch mehr unter seine Räder gekommen, jetzt hat doch auch einmal das Auto einem Menschenkind zum rascheren Eintritt ins Leben verholfen. Wohl noch nie dagewesen!

Mannheimer Jubiläums-Ausstellung.

Die hervorragendste der von der Jubiläums-Ausstellung veranstalteten Sonderausstellungen wird Samstag, den 5. Oktober, eröffnet werden und bis Montag, den 14. Oktober, dauern. Es ist eine große deutsche Handels- und Industrie-Ausstellung in Verbindung mit einer großen internationalen Obstausstellung.

Kommunalpolitik.

Rastatt, 2. Okt. Unser Vortort Rheinau erhält, nach mehrmaliger Eingabe an den Gemeinderat, endlich Gasbeleuchtung. Die diesbezüglichen Arbeiten sollen noch dieses Jahr ausgeführt werden. Uns kann es nur freuen, wenn es auf der Rheinau, die von jeher recht dunkel war, auch einmal helle wird. Hoffentlich zieht mit dem neuen Licht auch ein neuer Geist ein. Den Arbeitern von der Rheinau empfehlen wir, den „Volksfreund“ zu abonnieren, denn nur eine Arbeiterzeitung kann die Interessen der Arbeiter vertreten.

Walldshut, 3. Okt. In der benachbarten Stadt Tiengen findet am nächsten Donnerstag Bürgermeisterversammlung statt. Infolge Ablebens des Bürgermeisters Meyer wurde der Posten zur Bewerbung ausgeschrieben und sind circa 20 Bewerbungen eingelaufen. Tiengen bekommt also einen Berufsbürgermeister.

Resultate der Lohnbewegungen in der Metallindustrie.

In der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird eine Uebersicht der Lohnbewegungen veröffentlicht, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband in der ersten Hälfte des Jahres 1907 durchgeführt hat. Die Zusammenstellung beweist wieder einmal die längst bekannte Tatsache, daß nur eine einheitliche große Organisation in der Lage ist, die Interessen ihrer Mitglieder zu fördern und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben und zu festigen. Wir lassen die Zahlen reden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat im ersten Halbjahr dieses Jahres 524 Bewegungen durchgeführt, von denen 3172 Betriebe mit 167 588 beschäftigten Arbeitern erfaßt worden sind. An den Bewegungen direkt beteiligt waren nicht weniger als 81 086 Personen, wovon 55 631 oder 68 Prozent im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert waren. Der größere Teil der Bewegungen wurde auf friedlichem Weg erledigt, bei einem ziemlich großen Prozentsatz gaben die Arbeiter jedoch ihren Forderungen durch einen Streik Nachdruck, während andererseits durch eine Reihe von Streiks Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis, Lohnabzüge usw. abgewehrt werden mußten. Die Art und Zahl der Bewegungen sowie die Zahl der Beteiligten zeigt nachstehende Tabelle:

Table with 5 columns: Art der Bewegungen, Bewegungen, Betriebe, Beschäftigten Arbeiter, Organisierten im D.M. Arb. Bd., in and. Org. nistaf. Includes rows for Angriffstreiks, Abwehrstreiks, Ausperrungen, and others.

Wir müssen uns versagen, die Ursachen der Bewegungen sowie die Erfolge, die bei den verschiedenen Bewegungen erzielt worden sind, des Näheren aufzuführen. Der Gesamterfolg der Bewegungen, so weit er ziffernmäßig zum Ausdruck gebracht werden kann, ist folgender: 22 626 Arbeiter erzielten eine Arbeitszeitverkürzung von 3,1 Wochenstunden, zusammen 71 277 Stunden pro Woche. 36 885 Arbeiter erhielten Lohnerhöhungen in durchschnittlicher Höhe von 1,50 Mark pro Woche. Der wöchentliche Gesamtbetrag der Lohnerhöhungen beträgt 55 344 Mk. Für 12 099 Arbeiter wurde eine Regelung der Akkordarbeit erzielt. Für 2608 Arbeiter wurde die Beseitigung von Mißständen erreicht. 29 275 Arbeiter erhielten Prozente für Überstunden und für 24 261 Arbeiter wurden sonstige Vorteile erzielt.

Bei den Abwehrbewegungen wurde für 1598 Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung von durchschnittlich 3,4 Wochenstunden und eine Lohnföhrung für 756 Arbeiter von durchschnittlich 2,40 Mk. pro Woche abgewehrt. Insgesamt wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 5475 Stunden und eine Lohnföhrung von 1890 Mk. pro Woche abgewehrt. Außerdem für 39 Arbeiter Maßregelung, für 45 Arbeiter die nicht halbjährliche Akkordarbeit für 952 Arbeiter

schlechte Behandlung und für 1864 Arbeiter sonstige Verschlechterungen.

Die Erfolge fallen noch mehr ins Gewicht, wenn man beachtet, daß die erzielten Arbeitszeitverkürzungen, Lohnerhöhungen usw. von dem Tage des Inkrafttretens dauernd ihre Wirkung ausüben, während die Verschlechterungen sofort in Wegfall kommen.

Auf ein Jahr berechnet ergibt sich für die Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung von 3 421 296 Stunden und eine Lohnerhöhung von 2 656 512 Mk. Hierzu kommen die sonstigen Ertragssteigerungen. Demgegenüber fallen die Kosten der Bewegungen nicht besonders ins Gewicht. Sie betragen 1 034 384 Mk., von welcher Summe 330 372 Mk. bei den Ausperrungen ausgegeben werden mußten, so daß für die Bewegungen nur 704 012 Mk. in Anrechnung gebracht werden dürfen. Der Verlust an Arbeitsverdienst der Streikenden berechnet sich auf 1 206 459 Mk., das ist gleichfalls nicht einmal die Hälfte der Summe, die in einem Jahre an Lohn-erhöhung bezahlt wird.

Auf dem Gebiet des Tarifwesens sind gleichfalls im ersten Halbjahr 1907 erfreuliche Fortschritte erzielt worden. Neu abgeschlossen wurden 66 Tarife, die 402 Betriebe mit 10 167 Arbeitern umfassen. Erneuert wurden 15 Tarife mit Gültigkeit für 546 Betriebe und 1932 Arbeiter. Die meisten (39) der neu abgeschlossenen Tarife entfallen auf die Maschinenindustrie, während die rein handwerksmäßigen Betriebe etwas in den Hintergrund treten.

Alles in allem können die Metallarbeiter auf ihre Erfolge stolz sein, dies umso mehr, da die Widerstände, gegen die sie zu kämpfen hatten, sehr groß gewesen sind.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

II.

Am ersten Tage wurden nach Entgegennahme der verschiedenen Begrüßungsreden (Kernstorfer als Präsident, Fischer, Berlin, Dr. Adler-Zürich, Tesarz-Budapest usw.) die beiden ersten Punkte der Tagesordnung, die Berichte der Parteileitung und der parlamentarischen Fraktion erledigt. In der Diskussion wurde die Tätigkeit dieser beiden Körperchaften fast ohne Einschränkung von allen Rednern anerkannt. Von Fern-Wien wurde nur der „Gang nach der Hofburg“ bemängelt. Schulmeier, Dr. Adler, Außerlich rechtfertigten das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten. Nicht das Gefühl, sondern der Verstand habe in der Politik zu entscheiden und der Vergeß der Christlichsozialen über das Verhalten der Sozialdemokraten habe geseigt, daß es ein geschickter Schachzug gewesen sei. Es sei notwendig gewesen, daß die Abgeordneten des Proletariats der Verlesung der Thronrede, welche das Programm der Regierung enthalte, beiwohnten, denn es habe sich hier um die erste Session des Parlaments, das auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zustande gekommen war, gehandelt. Ein geschicklicher Moment von größter Bedeutung. Der Parteivorstand hatte seine Amtsdauer um 1 Jahr verlängert. Vor 3 Jahren fand der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs in Salzburg statt und vor einem Jahr hätte ein neuer Parteitag einberufen werden müssen. Keiner von den Delegierten aber nahm hieran Anstoß, jeder wußte, daß vor einem Jahre die Wahlbewegung die Einberufung des Parteitags unmöglich machte. Der Kampf um die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts hat für mehrere Jahre alle Kräfte des österreichischen Proletariats in Anspruch genommen und auf das äußerste angespannt. Genosse Dr. Adler erinnerte hieran und betonte, daß die österreichische Sozialdemokratie jetzt auch darauf bedacht sein müßte, den inneren Ausbau der Partei und die theoretische Vertiefung der Genossen zu fördern. Die Anträge, ein Handbuch herauszugeben, ferner eine Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu verfassen, werden dem Parteivorstand überwiesen. Sodann werden die Berichte der Parteileitung, des Parteikassierers, sowie der der Fraktion gutgeheißen.

Neues vom Tage.

Leubwischhafen, 3. Okt. Auf seine eigentümliche Art mußte ein Kind sein Leben lassen. Der 3 Monate alte Rudolf Morlok, der bei den Eheleuten Rudolf Wolf in der Mohrlochstraße in Pflege gegeben war, fiel während der Abwesenheit der Pflegemutter aus dem Kinderwagen in einen Kessel voll Wasser und ertrank.

Randau, 3. Okt. Aus ausgeföhrten Birnen-treibern und Zuderwasser stellten die Küfer und Brennermeister Daniel Hoffmann und dessen Sohn Ludwig Hoffmann von Mohrloch bei Randau einen „Wein“ her, den sie für 24 bis 30 Pf. verlaufen. Der Staatsanwalt beantragte 200 Mk. Geldstrafe, das Gericht verurteilte die beiden Angeklagten zu je 20 Mark Geldstrafe. Die bei der Kellerkontrolle beschlagnahmten 200 Liter dieser Flüssigkeit wurden eingezogen.

Wiesbaden, 3. Okt. Auch im Taunus hat, wie die „Frei. Ztg.“ meldet, der Hauptmann von Aspenid einen Nachfolger gefunden. Vor einigen Tagen erschien in Langenschwalbach ein Unbekannter und erklärte, daß er Gerichtsgebühren zu erheben habe, worauf ihn der Polizei-Sergeant zu den angeblich Zahlungspflichtigen begleitete. Er kassierte bei etwa 20 Personen keine Beträge ein und verschwand dann auf Nimmerwiedersehen.

Röln, 3. Okt. Wie die „Röln. Volksztg.“ aus Sibilla bei Röln meldet, erfolgte heute Vormittag gegen 10 Uhr auf der Grube „Sibilla“ eine Staubexplosion, bei welcher fünf bis sechs Personen, darunter eine schwer, verbrannt wurden.

Dortmund, 2. Okt. Ein entsetzliches Urteil fällt die Strafkammer gegen den Bergmann Karl Schmidt aus Verten-Schmidt wollte sich am 10. April d. J. auf der Zeche Vorwissa den gebrauchlichen Abschlag auf seinen Monatslohn holen. Sein Guthaben betrug 80 Mk., der Beamte zahlte ihm 90 Mk. aus. Schmidt stellte dem Beamten vor, daß er für seine Frau, die sich in einer Irrenanstalt befinde, Unterhaltsgeld einsenden und für sich Kostgeld bezahlen müsse. Man möge ihm 5 Mk. mehr geben. Als sich der Beamte allen diesen Gründen unzugänglich zeigte, ging Schmidt weg, trank sich vor Wut in der nächsten Kneipe voll und lehrte nach der Zeche zurück. Dort drohte er dem Beamten mit einem Messer und sagte, er wolle mehr Geld haben und wenn es ihn 10 Jahre koste. Vor Gericht erklärte Schmidt weinend, daß es ihm mit seiner Drohung nicht ernst gewesen sei und daß alles auf Konto seiner Betrunketheit komme. Der Staatsanwalt meinte, solche Fälle müßten exemplarisch bestraft werden, und beantragte drei Monate Gefängnis. Dem Gericht waren drei Monate noch nicht exemplarisch genug, es erkannte auf neun Monate Gefängnis. Der unglückliche Proletarier brach in lautes Weinen aus.

Wachen, 1. Okt. Ein netter Hauswirt! Der Wirt Faber Danhausen wollte einen ihm unbequemen Mieter ort

er sonstige Ver...
richt, wenn Man...
irungen, Lohn...
retens dauernd...
lechterungen so...
die Beteiligten...
tunden und eine...
kommen die son...
allen die Kosten...
t. Sie betragen...
72 Mk. bei den...
so daß für die...
nicht gebracht we...
st der Streifen...
gleichfalls nicht...
Jahre an Lohn...
gleichfalls im...
erzielt worden...
2 Betriebe mit...
den 15 Tarife...
Arbeiter. Die...
entfallen auf...
in handwerk...
treten.
er auf ihre Er...
stände, gegen...
find.

Sozial-
reich.

ome der verschie...
sässigent, Fisch...
schw.) die beiden...
er Parteileitung...
in der Distrikts...
in fast ohne Ein...
von Bern-Wien...
hängelt. Sch...
Verhalten der...
Gefühl, sondern...
und der Verger...
Sozialdemokraten...
gewesen sei. Es...
des Proletariats...
gramm der Re...
sch hier um die...
des allgemeinen...
Ein geschickte...
Parteiorganisat...
Vor 3 Jahren...
atie Oesterreich...
neuer Parteitag...
Delegierten aber...
inem Jahre die...
tags unumgäh...
emeinen gleichen...
österreichischen...
das äußerste an...
und betonte...
darauf bedacht...
die theoretische...
träge, ein Hand...
österreichischen...
bevorstand über...
erteilung, des...
schen.

umliche A...
ate alte Rudol...
der Hofsch...
der Abwesenheit...
inen Räbel voll...
en Birnen-...
und Brenner...
dwig Hoffmann...
a für 24 bis...
e 200 Mk. Geld...
lagten zu je 20...
beschlagnahmen

wie die „P...
inen Nachfolger...
enschwalbach ein...
ren zu erheben...
angeblüh Bab...
da 20 Personen...
merwiedersehen...
aus Libbia bei...
0 Uhr auf der...
fünf bis sechs...
fen.

Urteil fällt...
idit aus Ver...
Zeche Vor...
hnen holen. Sein...
hm 30 Mk. aus...
eine Frau, die...
o einfinden und...
hm 5 Mk. mehr...
in unzugäng...
der nächsten...
Dort drohte er...
olle mehr Geld...
Gericht erklärte...
ng nicht ernst...
nkenntlich komm...
emplarisch be...
fänglich. Dem...
o genug, es er...
nglückliche Pro...
t! Der Birn...
n Mieter oer...

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 4. Okt.

Billige Trauerfeier.

Der Karlsruher Stadtrat hatte in den letzten Tagen die hiesigen Fabrikanten und Handwerksmeister aufgefordert, am Nachmittage der Ueberführung der großherzoglichen Leiche von der Maimau in die Schloßkirche in Karlsruhe die Werkstätten zu schließen. Ebenso sollten am Montag die Fabriken geschlossen sein. Die Herren Arbeitgeber sind nun am Mittwoch Nachmittag dem stadträtlichen Wunsche nachgekommen und haben zum Teil ihren Arbeitern freigegeben. Keinen Zweifel aber hat man dem mit dem freien Nachmittag Beglückten über die Nichtbezahlung des Nachmittags gelassen. Da sich dieses unschöne Manöver am Montag voraussichtlich wiederholen wird, weisen wir schon heute darauf hin, wie man die Trauerfeierlichkeiten seitens hiesiger Arbeitgeber auf Kosten der Arbeiter begehrt. 1 1/2 Tage bedeuten für den Arbeiter einen Lohnausfall von 5 bis 7 Mk. Das ist ein erheblicher Betrag, den der Arbeiter in der Zeit der allgemeinen Lebensmittelteuerung schwer bewenden kann. Der Stadtrat hat sicherlich mit der Bezahlung der freien Zeit gerechnet, als er an das hiesige Fabrikantentum die öffentliche Aufforderung erging ließ. Wir verstehen gewiß, wenn er das nicht ausdrücklich betont hat; mit Rücksicht auf den nächsten Montag möchte man aber fast wünschen, der Stadtrat erinnerte in einer zweiten Bekanntmachung die Arbeitgeber an ihre Pflicht.

Man hat in den letzten Tagen sich verschiedentlich über die Haltung der Sozialdemokratie anlässlich der Trauerfeierlichkeiten entrüstet; wir hoffen, daß die gleiche Portion Entrüstung nunmehr auch für die hiesigen Fabrikanten und Handwerker aufgebracht wird.

Gewerbegericht.

In der letzten Sitzung des Gewerbegerichts standen 26 Fälle zur Verhandlung. Wir wollen gleich vorweg bemerken, daß es ein solches Verbum als zu reichlich erscheint und daß es dringend wünschenswert ist, daß hier eine Aenderung getroffen wird, weil bei einer solchen reichhaltigen Tagesordnung sehr leicht die Verhandlungen ungenügend beeinflusst werden können. Wenn auch bei jeder Sitzung einige Fälle wegen Fehlens der Parteien nicht zur Verhandlung kommen und auf der anderen Seite verschiedene Fälle rasch erledigt werden können, so kann aber doch auch der Fall eintreten, daß bei einer solchen Sitzung einmal sämtliche Fälle verhandelt werden müssen, daß darunter zum Teil recht schwierige Fälle sind, die zur Klärung eine längere Zeit in Anspruch nehmen; dann ziehen sich die Verhandlungen derart in die Länge, daß die Parteien leicht daran gehindert werden können, ihre Interessen überhaupt wahrzunehmen, oder wenn sie das wollen, geschäftlichen Schaden haben, weil sie zu lange ihren beruflichen Geschäften entzogen werden. Im Interesse der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ist also zu wünschen, daß weniger Fälle zu einer Sitzung vorgelesen und wenn sich die Arbeit häuft, mehr Sitzungen abgehalten werden.

Die Verhandlungen selbst wurden von Herrn Stadtrat Dr. H. H. geleitet und muß gesagt werden, führt, wie er bemüht ist, mit einer Gründlichkeit und Sachlichkeit die strittigen Punkte zu klären, uns sehr sympathisch berührt.

Als erster Punkt der Tagesordnung kam heute noch einmal die Klage des Kutschers Geiger gegen den Milchfuranstaltsbesitzer Völker zur Verhandlung. In der letzten Verhandlung wurde Völker verurteilt, an den Geiger 13,50 Mk. rückständigen Lohn zu zahlen, die er ihm bei seinem ordnungsmäßigen Austritt dorenhalten hatte für angeblich nicht abgeliefertes Kundengeld im Betrage von 18 Mk. Geiger will das Geld abgeliefert haben und schiebt Völker den Eid zu. Dieser schiebt den Eid wieder Geiger zurück und derselbe schwört heute, daß er das Kundengeld richtig abgeliefert habe. Darauf wird Völker mit seiner Wiederklage abgewiesen.

Gegen Völker hatte auch der Stallschweizer Klepzig wegen Einbehaltung von Lohn im Betrage von 5,50 Mark Klage erhoben, und wurde er verurteilt, an denselben 3,18 Mk. zu zahlen.

Das Dienstmädchen Dhl, das bei dem Wirt Hegel in Stellung war, wollte, während es in Kündigung stand, ausziehen, erhielt aber keinen Urlaub. Es verließ deshalb die Arbeit. Seinen Lohn von 12 Mk. muß es heute einbringen. Fall erhebt Widerklage wegen unberechtigten Verlassens der Arbeit. Das Gericht verurteilte Fall, an das Dienstmädchen Dhl 12 Mk. zu zahlen, dagegen hat die Dhl an Fall wegen Verlassens der Arbeit 11,40 Mk. zu zahlen.

Auf das Glend der Kellnerinnen hat der nachfolgende Fall ein großes Streitlicht geworfen. Lina Guba war als Dienstmädchen bei dem Wirt Kollmann in Stellung bei einem Monatslohn von 20 Mk., wurde aber auch als Kellnerin in der Wirtschaft, oft bis nachts 1 Uhr, beschäftigt. Da sie dann des öfteren am anderen Morgen um halb 8 Uhr nicht an der Arbeit war, wurde sie entlassen und klagt heute ihren Lohn ein. Im Vergleichsweg zahlt Kollmann an die Lina Guba 12 Mk. Interessant und bezeichnend zugleich war der Ausspruch des Wirts Kollmann, daß er die Guba nur als Dienstmädchen mit einem Monatslohn von 20 Mk. engagiert hätte. Für eine Kellnerin gebe er soviel nicht aus, 20 Mk. bekomme überhaupt keine Kellnerin hier in Karlsruhe. Wann wird der unwürdige Zustand einmal aufgehoben, daß die Kellnerinnen bei ihrem Einkommen fast ausschließlich auf das Wohlwollen der Gäste und auf das Trinkgeld angewiesen sind. Hier wird es nicht früher besser werden, als bis sich sämtliche Kellnerinnen organisieren und durch ihre Organisation den Boden schaffen für eine menschenwürdige Existenz.

Der Zahnarzt Zolg klagt gegen den Zahnarzt Hänle einen Monatsgehalt von 140 Mk. ein. Zolg war bei Heuser in Stellung. Der Zahnarzt Hänle hatte das Heuser'sche Geschäft käuflich erworben und sämtliche Angehörige zu den alten Bedingungen übernommen. Hänle hat dann das Geschäft wieder an Heuser abgegeben, dem Zolg aber seinen Gehalt nicht ausbezahlt. Zolg ließ den Hänle, der inzwischen abgereist war, in Arrest setzen, damit er seine hiesigen Ausstände nicht einziehen und dann verschwinden

konnte, ohne ihn zu bezahlen. Da die Sache eine sehr verwiderte ist, wird der Termin verlegt und das persönliche Erscheinen des Beklagten angeordnet. Der Arrest wird vorläufig aufgehoben.

Gegen den Möbelschneider Schott klagt heute der Schreiner Anton Schott eine Lohnforderung von 25,90 Mk. ein. Schott wurde von Holz als Schreiner zum Teil in Forzheim, zum Teil auch im hiesigen Geschäft beschäftigt. Bei der Auszahlung entstanden wegen den Ueberstunden Differenzen, die in nächster Sitzung durch Zeugen aufgeklärt werden sollen. Dann hatte Schott in Gegenwart von Holz einen Spiegel aufgeschraubt und denselben dann im Magazin aufgestellt. Am anderen Morgen war der Spiegel zertrümmert und macht Holz heute einen Schadenersatzanspruch von 18 Mk. geltend. Das Gericht hat die Schadenersatzklage abgewiesen, da Schott für den zertrümmerten Spiegel nicht verantwortlich gemacht werden kann; es verurteilte den Holz, an Schott den rückständigen Lohn von 19,50 Mk. zu zahlen. Wegen der Differenz der Ueberstunden ergeht Verweisbeschluss.

Der Wirt Jakob Schlipf muß an die bei ihm als Köchin im Dienst gestandene Ehefrau Emma Knuf 36 Mk. rückständigen Lohn zahlen. Derselbe glaubte berechtigt zu sein, diese 36 Mk. der Knuf an ihrem Monatslohn von 40 Mk. abzusetzen zu dürfen, weil der Ehemann der Knuf dem Schlipf 36 Mk. schuldig war.

Der Schuhfabrikant Silbermann ließ an zwei jüdischen Feiertagen (10. und 11. Sept.) aussetzen, ohne den Lohn zu zahlen. Er hatte zwar 14 Tage vorher seinen Leuten regelrecht gekündigt, doch war diese Kündigung erst am 11. Sept. abgelaufen. Die Stepperin Knoll klagt heute deshalb auf Auszahlung des Lohnes für die zwei Tage und muß Silbermann, der einen Eid entschieden ablehnte, an die Knoll 4 Mk. zahlen.

Der Wirt Helber muß an das Zimmermädchen Goldenr 15,60 Mk. zahlen, weil er sie mit schweren Beleidigungen traktiert hatte, worauf sie augenblicklich die Arbeit verließ.

Bei der Firma Vogel u. Schürmann war der Lohn nicht dem heute klagenden Arbeiter Köstel, sondern dessen Vater ausbezahlt worden. Die Firma wird verurteilt, an Köstel dessen rückständigen Lohn von 42,73 Mk. zu zahlen. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß nur Köstel berechtigt war, seinen Lohn in Empfang zu nehmen; wenn die Firma trotzdem an dessen Vater den Lohn ausbezahlt, so mag sie sehen, wie sie wieder zu ihrem Gelde kommt.

Der Schlosser Bauer, der seine Lehrzeit in einer Maschinenfabrik absolvierte, wurde von dem Schlossermeister Fischer als Bauschlosser in Arbeit genommen. Da er als solcher nicht arbeiten konnte, wurde er wieder entlassen. Mit seiner Entschädigungsklage wurde er aber abgewiesen, weil er sich als Bauschlosser angeboten hatte, als solcher aber nicht arbeiten konnte.

„Es ist recht,“ sagte der Maurer Konrad Rieger, als ihm bei der Firma Rupp u. Müller auf 8 Tage gekündigt worden ist. Heute macht er 14 Tage Kündigungsfrist geltend, wird aber mit seiner Klage abgewiesen, da er bei der Kündigung durch seine Aeußerung: „es ist recht“ sein Einverständnis mit der achtägigen Kündigung gegeben hatte. Nur 35 Pf. für eine Stunde Arbeitszeit, die ihm von der Firma unrechtmäßig abgezogen wurden, werden ihm heute zugesprochen.

Der Italiener Dal Piero Augustino klagt heute mit seinem Sohn gegen seinen Neffen Dal Piero Firrao einen Lohnrest von zusammen 51 Mk. ein, der ihm einbehalten wurde für eine Forderung, die aus dem Jahre 1899 stammt. Der Kläger erhält seine 51 Mk.

Schulmann und Kutscher.

Man schreibt uns: Am vorigen Samstag Abend hörte man in der oberen Bachstraße in Mühlburg plötzlich größeren Lärm. Herzu-eilenden bot sich das Schauspiel eines lebhaften Streites zwischen einem Schulmann in Zivil — den Namen verschweigen wir vorläufig — und einem Koffelkutscher. Der letztere hatte wohl wegen des Fahrpreises — er brachte den Schulmann in der Kutsche in die Bachstraße — mit seinem Auftraggeber heftige Differenzen bekommen. Es kam zu Tätlichkeiten und dabei setzte es auch blutige Köpfe ab. Welcher von den Streitenden der am meisten Leidtragende war, darüber gingen die Meinungen der Zuschauer auseinander. Sie meinten nur, der „Wolfsfreund“ verdamme mit Recht alle Schlägereien und werde auch die eines Schulmannes nicht in Schutz nehmen.

Das ist richtig, zumal wir der Ansicht sind, in diesem Punkte sollte ein Schulmann, und wenn er auch Zivilkleidung trägt, anderen Leuten nicht mit schlechtem Beispiele vorangehen.

* Das heute fällige Unterhaltungsblatt liegt der morgigen Nummer bei.

Wetterbericht. Die Druckverteilung hat sich äußerst ungünstig gestaltet. Der hohe Druck liegt mit einer Intensität von mehr als 770 mm über Finnland und Nordrußland. Die große atlantische Depression über Island hat sich mit geringer Aenderung erhalten und beeinflusst die Bitterung über den britischen Inseln. Dagegen ist ein äußerst tiefes Minimum, welches gestern noch nicht zu erkennen war, von dem Biscaya-See nach Zentral-Frankreich hereingedrungen. An der französischen Westküste herrscht schwerer Sturm. In der Polz trat Erhebung ein. Voraussichtliche Witterung: Vorübergehend Besserung, neuerdings unregelmäßig, zeitweise unruhig, Niederschläge und nachfolgende Abkühlung.

Mißglückter Schwinkel. Am 30. v. Mis. kam ein etwa 36 Jahre alter unbekannter Mann zu der Frau eines Hausbesizers in der Müppurrerstraße und gab vor, er käme im Auftrag des Hauseigentümers und solle die bis dahin eingegangene Rente — es waren 750 Mark eingegangen — abholen, da er sie zu einer Zahlung benötigte. Da indessen die Frau eine Abholung auf diese Art und Weise von dem Hauseigentümer bis jetzt nicht gewohnt war und der Unbekannte auch noch ein Quittungsformular mit gefälschter Unterschrift vorgezeigt, ging sie nicht auf den Leim und sagte zu dem Unbekannten, er solle 2 Stunden später kommen, wenn ihr Ehemann zu Hause sei. Die Frau zog aber inzwischen bei dem Hauseigentümer Erkundigungen ein, woselbst sie erfuhr, daß ihre Vorsicht am Platze war und sie dadurch vor Schaden bewahrt blieb. Der Unbekannte ließ sich aber nicht mehr sehen.

Personalauslagen in der Stadtverwaltung. Der Stadtrat hat mit: Eine dem städt. Straßen-

bahnamt infolge Kündigung des seitherigen Inhabers auf 1. November ds. J. zu behebende Ingenieurstelle soll zur Bewerbung ausgeschrieben werden. Berücksichtigung kann ein Ingenieur oder ein älterer Techniker finden. — Kanzlei-Gehilfe Johann Kopper beim großh. Notariat Offenburg wird an Stelle des zurückgetretenen Militärärzters Müllich als Hilfsbeamter für den Telephon- und Feuer-Alarm-Dienst auf der Zentralstation im Rathaus — zunächst probeweise — eingestellt. — Wegen Befehung der im Schulverordnungsblatt ausgeschriebenen Stelle einer Hauptlehrerin an der Höheren Mädchenschule mit Gymnasialabteilung wird Vorlage an den großh. Oberschulrat nach Antrag der Anstaltsdirektion erstattet. — Die Stelle eines Verwaltungs-Assistenten bei den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken wird dem Kaufmann Wilhelm Nau hier, die Stelle eines Bureaudieners daselbst dem Herrschaftsdieners Friedrich Schöpflin, jeweils zunächst auf Probe, übertragen.

Arbeiterfeste.

Kastatt, 2. Okt. Wie aus dem Inzeratenteil ersichtlich, hält der Holzarbeiterverband am Samstag Abend im „Rappen“ sein diesjähriges Stiftungsfest ab. Wir möchten zu dieser Familienfeier an alle organisierten Arbeiter das Ersuchen richten, dieses Fest mit ihren Frauen zu besuchen und sich etwas mehr von den biergelichen Kibimbereinsfestlichkeiten fernzuhalten, überhaupt etwas mehr sich ihrer Organisationspflichten bewusst zu werden und mitzuwirken am Ausbau der Organisation, damit die Lage der Arbeiter in Kastatt auch eine bessere und freiere wird; denn mit Spalierbildern am Bahnhof wird die allgemeine Lage des Arbeiters nicht gebessert, auch nicht durch Mitwirkung an patriotischen Festlichkeiten, sondern nur durch eine straffe und zielbewusste Organisation.

Darum, Arbeiter von Kastatt, wachet auf, schüttelt eure Lethargie ab, schart euch zusammen, einzeln sind wir nichts, als gefaseltene Masse sind wir eine Macht, mit der auch der blühendste Unternehmer zu rechnen hat. — Darum auf zum Stiftungsfest der Holzarbeiter!

Letzte Post.

Vom neuen Vereinsgesetz.

Heilbronn, 3. Okt. Bezüglich des Reichsgesetzentwurfs eines Vereins- und Versammlungsrechtes erfährt die „Kedar-Zeitung“ zuverlässig, die Befürchtung, es könnte durch die reichsgesetzliche Legitimation das gute wirtembergische Vereins- und Versammlungsrecht verdrängt werden, sei nicht zutreffend; die Absicht der Reichsregierung gehe dahin, die württembergischen Verhältnisse als erstrebenswertes Muster dienen zu lassen.

(Was man bisher von dem Reichsgesetzentwurf hörte, stimmt mit dieser Mitteilung aber nicht überein.)

Das Begräbnis des roten Postmeisters.

Leipzig, 4. Okt. Bei dem Begräbnis des Genossen Jul. Motzler hielt Genosse Singer die Grabrede, während Genosse Bebel im Volkshaus gesprochen hat.

Dienstverweigerung eines Adventisten.

Halle a. S., 4. Okt. In einem Zivilverfahren kam es gestern vor dem Kriegsgericht der 8. Division in der Sache gegen den Erbkriegsdienst August Sante vom hiesigen Infanterie-Regiment Nr. 36, der wegen Gehorsamsverweigerung

und Beharrens im Ungehorsam angeklagt war. Der Mann ist Adventist vom siebten Tage und weigerte sich, während einer Übung an zwei Samstagen Dienst zu tun. Er wurde zu 3 Monaten und 15 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aus Deutschostafrika.

Berlin 3. Okt. Der den Staatssekretär Dernburg auf seiner Reise durch Deutsch-Ostafrika begleitende Kommerzienrat Otto hat in der Gegend von Kilossa ungefähr 200 000 Sektar Land belegt, auf dem vorzugsweise Baumwolle, dann aber auch Sisal und Kautschuk gebaut werden soll. Bei dem gesamten Unternehmen sollen keine Ausländer Beschäftigung finden, sondern nur Deutsche angestellt werden. Herr Otto geht der „Deutsch-Ostafrika-Zeitung“ zufolge mit dem Plan um, 100 bis 150 Ackerbauer und Spinnerei-Arbeiter-Familien hinzubringen, um dieselben anzusiedeln.

Bülow contra Brandt.

Berlin, 3. Okt. Wie der „Lokal-Anzeiger“ hört, wird die Verhandlung in der Klagesache des Reichsanwalters Fürsten Bülow gegen den Schriftsteller Brandt sehr bald, wahrscheinlich schon innerhalb der nächsten 14 Tage, stattfinden.

Die österreichische Eisenbahnerbewegung.

Reichenberg (Böhmen), 3. Okt. Die Resistenz der Eisenbahner hat in Nordböhmen riesige Güterstauungen zur Folge. Alle Stationen sind überfüllt; es kommen Zugverpätungen bis zu 8 Stunden vor. Bei andauernder Resistenz wird der Kohlenmangel umfangreiche Betriebseinstellungen herbeiführen. Für die Königin von Württemberg, die heute Nachmittag von Böhmisches Städt nach Stuttgart fuhr, mußte zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten ein Sonderzug beigelegt werden.

Wien, 3. Okt. Die passive Resistenz der Eisenbahner gewinnt an Ausbreitung. Auf allen mit Privatbahnen zusammenstoßenden Knotenpunkten der Staatsbahnen wird bereits die passive Resistenz durchgeführt. Morgen früh wird beschlossen werden, ob die Resistenz auf den gesamten Linien der Staatsbahnen einsetzen soll.

Prag, 3. Okt. Die Wirkung der passiven Resistenz der Eisenbahnangehörigen äußert sich bei der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft in geringen Verpätungen. Man hofft, daß die in der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates gefassten Beschlüsse zur Beruhigung beitragen werden. Bei der Nord-West-Bahn hat sich die Lage verschlimmert. Die Güterzüge haben durchschnittlich drei Stunden, die Personenzüge halbtägige Verpätung. Der Betrieb der böhmischen Nordbahn und der Buchtiehrader Bahn ist nicht gestört. Auch bei den Staatsbahnen ist die Lage normal.

Aus Marokko.

Langer, 3. Okt. Aus Rabat wird berichtet, daß große Vorkehrungen zum Entfange des französischen Gesandten getroffen werden. Die Abreise des Gesandten findet wahrscheinlich am Sonntag statt. Die Finanzlage des Sultans verschlechtert sich täglich. Abul Mis wird gezwungen sein, eine bedeutende Anleihe aufzunehmen, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, umsomehr, als mehrere Gläubiger dringend die Rückgabe ihres Vorschusses verlangen.

Paris, 3. Okt. In einigen Tagen werden 2000 Mann unter dem Kommando von El Bagdadis Rabat verlassen

und sich in einer Entfernung von 6 Stunden postieren, um gegebenen Falles Muley Hafid entgegenzutreten.

Neue afrikanische Negeraufstände.

Kairo, 3. Okt. Unter den Stämmen Zentralafrikas machen sich Anzeichen von Unruhen bemerkbar. Eine von den Wadaihauptlingen zusammengezogene Streitmacht beabsichtigt die Ued-Soliman-Traber des Kanengebietes und wahrscheinlich auch die französischen Posten nördlich von Tschadje anzugreifen.

Russische Revolution.

Lodz, 3. Okt. Die Untersuchung wegen Ermordung des Fabrikanten Silberstein ist beendet. Auf Anordnung des Generalgouverneurs wurden 127 Arbeiter zur Verbannung in die entlegenen Gouvernements verurteilt; den übrigen 600 wurde für ihre passive Beziehung zu dem Verbrechen die Untersuchungshaft als Strafe angerechnet und ihre Freilassung verfügt. (Frankf. Ztg.)

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arb.-Ratf.-Bund Sozialität, Bez. 2, Karlsruhe.) Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag den 6. Oktober, in Grödingen im Gasthaus zum Adler, punkt 10 Uhr vormittags statt. Die Delegierten müssen mit Mandate versehen sein. 4239, 2

Karlsruhe. (Steinarbeiter-Verband.) Sonntag, 6. Oktober, vormittags 9 Uhr, Versammlung in der Kronenhalle. 4239, 2

Karlsruhe. (Arbeiter-Ratf.-Bund.) Sonntag, den 6. Oktober, halb 9 Uhr am Durlacher Tor Abfahrt nach Grödingen zur Bezirkskonferenz. 4239, 2

Karlsruhe. (Mischstricker u. Heizer.) Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags punkt 3 Uhr Versammlung in der Alten Feuerwehrgasse, Herrenstr. 4. Vollzähliges Erscheinen erbetet. Der Vorstand. 4238.

Aue b. Durlach. (Sozialdemokr. Wahlverein.) Samstag, den 5. Okt., abends halb 9 Uhr im Schwanen Wahlvereinsversammlung mit Berichterstattung vom 4. Oktober. Um vollzähliges Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird gebeten. Der Vorstand. 4271

Grödingen. (Sozialdemokr. Partei.) Samstag, den 6. Okt., nachmittags halb 2 Uhr, Versammlung im Löwen. Genosse E. Eichhorn wird Bericht erstatten über den Parteitag in Efen. 4275

Waldkirch. (Sozialdemokr. Verein.) Samstag, den 5. Oktober, abends halb 9 Uhr im „Schützen“ Monatsversammlung. Wegen wichtiger und reichhaltiger Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen notwendig. 4281 Der Vorstand.

Freiburg. (Sozialdemokr. Partei.) Samstag, den 5. Oktober, abends halb 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Sants. Vortrag über: „Kommunale Schulpolitik“. Zahlreiches Erscheinen erbetet. 4274 Der Vorstand.

Konstanz. (Sozialdemokr. Verein.) Samstag, den 5. Okt., halb 9 Uhr in der „Helvetia“ Mitgliederversammlung. Parteigenossen, es ist unsere erste Pflicht, nummehr energisch die Arbeit zu beginnen und hoffen wir nun bestimmt auf regen Besuch der Versammlungen. 4272 Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

A. Z. Gewiß, vielleicht in der Zeit zwischen halb 11 und halb 1 Uhr. Während dieser Stunden ist die Maschine in Tätigkeit.

Wasserstand des Rheins.

Freitag, den 4. Oktober, morgens 6 Uhr: Schifferinjel 1.26, gef. 0 cm, Rehl 1.77, gef. 0 cm, Maxau 2.91, gef. 2 cm, Mannheim 2.21 Meter, gef. 0 cm.

Der jetzt täglich mindestens achtseitig erscheinende

Volksfreund

darf in keiner Arbeiterwohnung fehlen!

Wer bisher noch nicht auf den Volksfreund abonniert hat, der wende sich sofort an die Expedition, Luisenstrasse 24, oder an unsere Filialen:

- Fritz Kurzmann, Zigarrengeschäft, Kuppnerstraße 10.
- Joas, Mühlburg, Hardtstraße 7.
- Valentin Hausch, Spezereihandlung, Ecke Grenz- u. Söstenstr.
- Kiosk Germania, Ecke Karl-Friedrich- und Kriegstraße.
- W. Wunsch, Handlung, Bachstraße 56.
- Karl Leyerer, Spezereihandlung, Schillerstraße 25.

- Martin Gress, Spezereihandlung, Wielandstraße 24.
- Michael Kläiber, Spezereihandlung, Binheimerstraße 1.
- Kiosk Geng, Karlstraße, bei der Hauptpost.
- Kiosk Kraus, am Karlstor, Ecke Krieg- und Karlstraße.
- Therese Deutschler, Obst- und Gemüsehandlung, Durlacher-Allee 2, Ecke Kapellen- und Kaiserstraße.

Der Abonnementspreis beträgt pro Monat einschließlich Trägerlohn 75 Pfg. In den Filialen abgeholt, pro Monat 65 Pfg.

Redaktion und Verlag des Volksfreund.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Dienstag den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im kleinen Festhallaesaal

Lichtbilder-Vortrag

über

„Kulturbilder aus deutscher Vergangenheit“

von Herrn Theodor Meenzen aus Leipzig-Lindenau.

Eintritt pro Person 25 Pfg.

Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. Um geneigten Besuch ersucht.

Karten im Vorverkauf bei den Gewerkschaftsvorständen und in den bekannten Lokalen und Zigarrenhandlungen erhältlich. Die Kartellkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Kastatt.

Samstag, den 5. d. M., abends 8 Uhr beginnend, im Gasthaus „Zum Rappen“

Stiftungsfest

unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Liedesfreiheit“ Kastatt, bestehend in Musik- u. Gesangsvorträgen, Couplets und sonstige Unterhaltung. Hierzu ladet alle Kollegen und Genossen mit Angehörigen freumbüch ein.

Der Vorstand.

Samstag früh 8 Uhr, wird Augartenstraße 46

prima Rindfleisch

ausgehauen, das Pfund zu 72 Pfennig. Schweinefleisch 72, Kalbfleisch 80 Pfg.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Verehrlicher Nachbarschaft, Freunden und Bekannten, teile hierdurch mit, daß ich am Samstag, den 5. Okt., Luisenstrasse 12 eine

Metzgerei und Wurstlerei

eröffnen werde. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch nur prima Ware die Zufriedenheit meiner Kundschaft zu erwerben. Um geneigten Zuspruch bitte

Heinrich Keim

früher Wirt zum Köllenerger.

4270

4 Gipsler und 2 Handlanger

finden sofort dauernde Beschäftigung bei

Josef Wehrle, Gipsermeister in Waldkirch.

2-Zimmerwohnung

sofort zu vermieten. Mühlburg, Garbstr. 7, 2. St.

Mühlburgerstraße 10, 3. Et. möbl. Zimmer m. separ. Eingang billig zu vermieten.

Räumungs-Verkauf.

Nur ganz erstklassige, moderne, hochelegante Waren in Original-Goodyear-Welt in feinstem Chevreaux- und Boxcalf-Leder.

Jedes Paar ein Meisterstück.



Art. 6900. Feinster Box-Calf-Damen-Schnürstiefel mit Besatz und Kappe, hochelegant, feinst Ausstattung

früher Mk. 14.90 **jetzt Mk. 10.75**

Art. 6910. Feinster Box-Calf-Damen-Schnürstiefel, Kappe und Besatz, gelocht, amerikanische Fassung

früher Mk. 14.75 **jetzt Mk. 10.95**

Art. 6911. Feinster Box-Calf-Damen-Schnürstiefel mit hohem französischem Lederabsatz und Lackkappe

früher Mk. 15.75 **jetzt Mk. 11.75**

Art. 6693. Chevreaux-Damen-Schnürstiefel, allerneueste amerikanische Form

früher Mk. 12.75 **jetzt Mk. 12.50**

Art. 6946. Feinster Box-Calf-Herren-Knopfstiefel, schlanke Form mit Lackkappe

früher Mk. 18.75 **jetzt Mk. 12.95**

Art. 6628. Feinster Box-Calf-Herren-Hakenstiefel, Besatz vollständig ohne Seitennaht, eleganteste schlanke Form

früher Mk. 18.50 **jetzt Mk. 13.50**

Art. 6901. Feinst. Chevreaux-Herren-Hakenstiefel, Besatz vollständig ohne Naht, schlanke Form

früher Mk. 17.75 **jetzt Mk. 13.95**

Art. 6635. Feinst. Chevreaux-Herren-Hakenstiefel, allerneueste Form, Besatz vollständig ohne Seitennaht

früher Mk. 18.50 **jetzt Mk. 13.50**

Ferner offeriere ich als besonders preiswert

Kameelhaarschuhe, allerbeste, schwerste Qualität, mit-Ledersohle, bequeme Form

Nr. 36-41	Nr. 42-47	Nr. 38-35	Nr. 31-32	Nr. 29-30 Ohrenschuh	Nr. 27-28 Ohrenschuh	Nr. 23-26 Ohrenschuh
1.98	2.65	1.98	1.88	1.98	1.78	1.50

Grösstes und leistungsfähigstes Schuhwarenhaus Süddeutschlands.

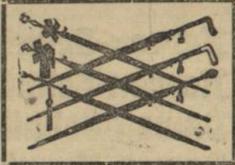
E. Korintenberg, Karlsruhe

Kaiserstrasse No. 118.

4262



Der Name



Heisel

ist heutzutage am hiesigen Platze sowie in den übrigen grösseren Städten in Deutschland mit dem Begriff

Hüte und Schirme

auf das Innigste verknüpft. Der Grund für diese Popularität, deren sich meine Firma erfreut ist die

Äusserst peinliche Reellität

und die unerreichte Leistungsfähigkeit. Man darf ohne Ueberhebung sagen, dass kein zweites Geschäft dieser Branche in Deutschland ist, welches in solchem grossen Umfange betrieben wird wie das meinige. Daher, verehrte Kunden, bedienen Sie sich bei Bedarf in Ihrem eigenen Interesse stets meiner Firma. Sie dürfen versichert sein, dass Sie auf das

reellste und billigste

bedient werden

4280

Franz Jos. Heisel, Kaiserstrasse III.

Bekanntmachung.

Zu den infolge des Ablebens Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich stattfindenden Leichenfeierlichkeiten werden voraussichtlich so viele Fremde in unserer Stadt eintreffen, daß dieselben in den Gasthäusern wahrscheinlich nicht alle Unterkunft finden können. Wir richten daher an die Einwohner der Stadt, die in der Lage und geneigt sind, für den 2. und den 7. d. M. möblierte Zimmer zu vermieten, hierdurch die freundliche Bitte, die Zimmer unter Angabe der Lage, des Stockwerks und des Preises für einmaliges Uebernachten in unserer öffentlichen Auskunftsstelle, Rathaus, Zimmer Nr. 2 (Eingang vom Hauptportal) schriftlich anzumelden. Wir sind überdies bereit, Fremden auch geeignete Unterkunft in hiesigen Gasthäusern zu vermitteln, soweit diese nicht schon belegt sind. Anmeldungen wollen gleichfalls an unsere Auskunftsstelle gerichtet werden. 4233

Karlsruhe, den 1. Oktober 1907.

Der geschäftsleitende Vorstand des Vereins zur Erhebung des Fremden-Verkehrs für Karlsruhe und Umgebung.

Robert Oftertag,
Stadttrat
1. Vorsitzender.

Julius Lacher,
Oberbürgermeister
Schriftführer.



Uhren und Goldwaren

Georg Storz

zum Trauringeck
Freiburg i. Br.
am Martinstor.

Herbst- und Winter-Neuheit

Herren-

Anzüge
Ueberzieher
Pelerinen
Lodenjoppen
gestrikt. Westen.

Knaben-

Anzüge
Ueberzieher
Pelerinen
Kleider Jacken
Loden-Joppen
Sweaters.

Damen-

Blusen
Kostümröcke
Unterröcke
gestrickte Westen.

Wäsche

finden Sie in reicher Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen

Julius Löwe

Karlsruhe
25 Werderplatz 25.

Rabattmarken.
4278

Hirschstraße 44, S. 4. St., möbl. Zimmer bill. z. verm.

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Heute, Freitag, den 4. Oktober, fällt die Turnstunde aus
4269 Der Turnrat.
Bevor Du Dir eine Lodenjoppe kaufst, sehe Dir

Fahren

Kronenstr. 49
feine Lodenjoppe „Grönland“ an, kostet 9.80 Mk. Eigenes Fabrikat.

Kochherde

in schwarz u. Email nur bestes Fabrikat große Auswahl keine Teilzahlung, jedoch außerordentlich billige Preise
4268 empfiehlt 4

J. Bähr-Eisenwaren

51 Waldstraße 51
Mitglied des Rabattsparvereins.

Herren- und Knabenkleider

wirklich prachtvolle Neuheiten
vorzüglich in Schnitt u. Verarbeitung, offeriert in grösster Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen
L. Gretz,
27 Marienstr. 27.
Auch auf Teilzahlung.

Federn Bett-Bordent Drelle

anerkannt vorzügliche Qualitäten, am billigsten bei 4077

J. Schneyer

Werderplatz, Ecke Marienstr.
Rabattmarken.

Schuhwaren

1 großen Posten Herren- und Damenstiefel, prima Bogcalf von Mk. 7.50, Kinder u. Arbeitsstiefel zu äußerst billigen Preisen.

Wilk. Müller,
Schuhmacher,
Geibelstraße 4, Mühlburg, beim Bahnhof. 3414

Durlach. Bildungs-Ausschuß.

Den Teilnehmern des Unterrichts-Kurses zur Nachricht, daß derselbe besonderer Umstände wegen erstmals am Sonntag, den 12. Oktober, in dem Zeichensaale der Höheren Mädchenschule beginnt.

Wir ersuchen diejenigen Arbeiter, welche sich für ihr praktisches Leben geistig ausbilden wollen, sich sobald wie möglich in die zirkulierenden Listen einzutragen, da dieselben schon Donnerstag, den 9. Oktober, bei folgenden Mitgliedern vom Bildungs-Ausschuß abzugeben sind. 4284

Fr. Herrmann. Michael Beinert. Chr. Horst.

ite 6.
stieren, un
eten.
ntafrika.
Eine von
macht be
engebietes
nördlich
rdung des
Anordnung
zur Ver
teilt, den
dem Ver
rechnet und
f. Stg.)
Karlsruhe.
Sonntag den
Bier, punkt
en mit Hau
4299.2
6. Oktober,
shalle.
n 6. Oktober,
dungen mit
4273
n 6. Oktober,
ten Beauerel
wortet
Vorstand.
amstag, den
Übereinsber
reitag. Um
nicht gebeten.
Vorstand.
den 6. Okt.
en. Genoss
en Parteitag
4275
n 5. Oktober,
berammlung,
ng ist voll
er Vorstand.
5. Oktober,
bei Santo.
Hreides Er
Vorstand.
5. Okt., halb
ng. Partei
energisch die
nt auf regen
Vorstand.
halb 11 und
ne in Tätig
gef. 0 cm.
gef. 0 cm.

ehlung.
Bekannt
n 5. Okt.,
ei
durch nur
aft zu er
n
berger.
ohnung
n. Mühl
2. St. 4285
e 10. 3. St.
n. separat
vermieten.

